

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Demonstration gegen Münchner Sicherheitskonferenz 2016

- *Die deutsche Mittelostpolitik befeuert die Konflikte – S. 3*
- *Nationalismus: Mit hohem Tempo gegen die Wand – S. 5*
- *Ruhrgebiet: Steag-Geschäftsentwicklung endlich transparent machen! – S. 13*
- *Tarifpolitik im Europa des 21. Jahrhunderts – S. 15*
- *Zur AfD in Baden-Württemberg – S. 18*

Ausgabe Nr. 2 am 18. Februar 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Bürgerentscheid über Flüchtlingsunterbringung in Hamburg

„Wir befürchten, dass Kräfte freigesetzt werden, die niemand mehr kontrollieren kann“

Der Hamburger Senat hat ein Programm für den Bau von 5600 Flüchtlingsunterkünften im Sozialwohnungsstandard aufgelegt. Die Unterkünfte sollen nach geändertem Baurecht weitgehend noch 2016 errichtet werden und, da doppelt belegt, die Unterbringung von 28 000 Geflüchteten ermöglichen. Die Unterkünfte sollen nach spätestens 15 Jahren als Sozialwohnungen mit gemischter Wohnbevölkerung genutzt werden.

Der Senat geht dabei davon aus, dass die Zahl neu ankommender Geflüchteter 2016 nicht sinken wird und Hamburg bis Jahresende 80 000 Plätze in der Erstaufnahme und der Folgeunterbringung benötigen wird – Ende 2015 gab es insgesamt 39 000 Plätze, die zu 100% belegt waren, Zelte, Baumärkte und Lagerhallen eingeschlossen. Ursprüngliche Absicht war, die 5600 Unterkünfte auf sieben Standorte, ein Standort je Bezirk, mit je 800 Einheiten für bis zu 4 000 Geflüchtete zu verteilen. Die meisten Bezirke haben sich dagegen gewehrt und mehrere Standorte für entsprechend kleinere Siedlungen ausgewiesen. Dennoch sollen einige größere Siedlungen entstehen, vorwiegend am Stadtrand oder Gegenden, in denen es bisher vor allem Eigenheime gibt. Dagegen haben sich etliche Bürgerinitiativen gebildet und kürzlich zu dem Dachverband „Initiativen für erfolgreiche Integration Hamburg“ (IFI) zusammengeschlossen. Konkret wollen die Initiativen „Großsiedlungen“ verhindern, wobei die Definition „groß“ hier oder dort auch schon Ansiedlungen für einige hundert Geflüchtete trifft.

Der Dachverband IFI hat nun eine Volksinitiative angekündigt, um gegen die Senatspläne zu mobilisieren. Obwohl die Linksfraktion einige der Forderungen der Initiativen teilt – Dezentralisierung der Unterbringung oder Nutzung des Leerstandes z.B. –, wird sie die Volksinitiative nicht unterstützen. Das folgende Interview wurde auf www.linksfraktion-hamburg.de veröffentlicht.

Frau Schneider, dezentrale Unterbringung und Integration von Flüchtlingen – das klingt doch gut. Wie steht die Fraktion Die Linke zu solchen Siedlungen?

Christiane Schneider: Es ist nicht absehbar, dass die Zahl der Geflüchteten, die nach Hamburg kommen, 2016 nennenswert sinken wird. Das ist unser Ausgangspunkt. Menschen, die Schutz suchen vor Verfolgung, Krieg und Not, müssen menschenwürdig aufgenommen werden. Jeder Mensch braucht ein Dach über dem Kopf. Zelte und Baumärkte sind für uns auch als Notlösungen nicht akzeptabel; der Verbleib in der Erstunterbringung darf die gesetzlich vorgesehenen sechs Monate nicht überschreiten. Also müssen so viele Wohnungen und wohnungsähnliche Unterkünfte wie möglich gebaut werden.

Aber das allein löst ja die Probleme nicht, es kann sogar neue schaffen.

Heike Sudmann: Stimmt. Deshalb ist die Integration der Geflüchteten, oder besser: ihre Teilhabe an der Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft, die zweite Herausforderung. Deshalb fordern wir, wie viele andere, seit langem eine möglichst dezentrale Unterbringung der Neu-HamburgerInnen, dafür muss auch der viele Leerstand in der Stadt genutzt werden. Hier sehen wir ein großes Versäumnis des Senats, der weder alle Möglichkeiten genutzt noch rechtzeitig das Gespräch mit den AnwohnerInnen gesucht hat. Aber der

Streit um bestmögliche Lösungen muss auf der Grundlage geführt werden, dass die Verpflichtung, die Neu-HamburgerInnen menschenwürdig aufzunehmen, weder direkt noch indirekt in Frage gestellt wird. Und dazu schweigen die Bürgerinitiativen.

Schneider: An den ursprünglichen Plänen des Senats, in den Bezirken Siedlungen mit 800 Wohnungen für bis zu 4 000 Geflüchtete zu errichten, hat es in den meisten Bezirken etliche Änderungen gegeben. Wir sehen gegenwärtig vor allem zwei geplante Siedlungen kritisch, die am Mittleren Landweg und am Öjendorfer Park (Haßlohreder), außerdem die für Neugraben/Fischbek vorgesehene Siedlung aus Pavillons. Uns scheint, dass in diesen drei relativ großen Siedlungen die Bedingungen der Integration der Nachbarschaften schlecht und die Gefahr einer Segregation, das heißt einer strikten Trennung von Alt- und Neu-HamburgerInnen, groß ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, hier weitere Standorte zu finden.

Aber das fordert ja auch die Volksinitiative. Trotzdem unterstützt Die Linke sie nicht – warum?

Sudmann: Die Fraktion hatte bisher ein Gespräch mit den „Initiativen für erfolgreiche Integration Hamburg“. Wir werden auch weiterhin das Gespräch suchen. Wir halten jedoch, nach ausführlicher Diskussion in der Fraktion, eine Volksinitiative für falsch, ja für gefährlich.

Inwiefern?

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Schneider: Eine solche Volksinitiative findet nicht im luftleeren Raum statt. Sie findet in einer Situation zunehmender Polarisierung statt. Bei dieser Polarisierung geht es schlussendlich um die Frage: Aufnahme der Schutzsuchenden – ja oder nein. Egal welche konkrete Fragestellung die InitiatorInnen finden: Die Volksinitiative würde durch diese grundlegende Polarisierung bestimmt. Wir befürchten, dass sie Kräfte freisetzt, die niemand mehr kontrollieren kann. Wir sehen die Gefahr, dass die mit dem ganzen Verfahren verbundene öffentliche Mobilisierung ein Klima schafft, in dem Geflüchtete und ihre Rechte zum Spielball werden und das Leitbild einer solidarischen Stadt unter die Räder kommt.

Wie will die Fraktion jetzt weiter agieren? Flüchtlinge müssen untergebracht werden, Großsiedlungen lehnt Die Linke aber ab, und die Interessen der BürgerInnen muss und will sie ja auch ernst nehmen.

Sudmann: Um es mal so zu sagen: Wir müssen auf vielen Baustellen arbeiten. Um einige der wichtigsten zu nennen: Wir brauchen eine massive Steigerung des sozialen Wohnungsbaus, auch, aber nicht nur für die Neu-HamburgerInnen. Denn für die Obdach- und Wohnungslosen und für viele andere Menschen, die auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind, verschlechtert sich seit Jahren die Situation. Damit muss Schluss sein.

Wir setzen uns weiter für Dezentralisierung der Unterbringung Geflüchteter ein, wir wollen, dass endlich auch die Nutzung des Leerstands angegangen wird. Siedlungen, die nicht in die vorhandenen Stadtteile integriert wer-



Keine Planung ohne unsere zukünftigen Nachbarn – mit diesem Transparent demonstrierte das Recht-auf-Stadt-Netzwerk am 11.2. vor dem Hamburger Congress-Zentrum. In einer Erklärung des Netzwerks zu den Anliegen der Bürgerinitiativen heißt es unter Punkt 1: Ein Volksbegehren über Wohnunterkünfte für Geflüchtete, bei dem die Geflüchteten nicht abstimmen können? Geht gar nicht. Asylbewerberinnen und -bewerber sind nicht wahlberechtigt und können bei einem Volksentscheid nicht mitmachen. Die Anwohnerinnen und Anwohner, die sich in den „Initiativen für Integration“ organisiert haben, erklären zwar, sie handelten auch „im Interesse der Flüchtlinge“, wenn sie gegen den Bau von Großsiedlungen vorgehen. De facto bleiben die Geflüchteten ausgesperrt. Ein solcher Volksentscheid ist ein Angriff auf die elementaren Rechte der Geflüchteten – und ein Angriff auf das Recht auf Stadt.

den (können), lehnen wir ab. Dabei ist die Größe der Siedlung ein Kriterium, aber nicht das alleinige. In jedem Fall setzen wir uns für eine ausreichende Infrastruktur in den neuen Standorten und ihrem Umfeld ein, für eine Infrastruktur, die die Integration der Stadtteile voranbringt, indem sie allen zugutekommt. Das darf nicht am Geld scheitern!

Schneider: In diesem Zusammenhang

fordern wir den Senat auf, das Recht der BürgerInnen auf Beteiligung an der Gestaltung der wachsenden Stadtteile endlich ernst zu nehmen. Auch die Geflüchteten müssen beteiligt sein an den Planungen. Ihre Rechte müssen gestärkt werden, damit sie teilhaben und Einfluss nehmen können. Dazu entwickeln wir gerade Vorschläge.

Vielen Dank für das Gespräch!

<http://www.linksfraktion-hamburg.de>

Begrüßenswerte Initiative aus dem EU-Parlament

Die deutsche Mittelostpolitik befeuert die Konflikte

Das waren die Aktivitäten der Bundesregierung in ihrer Türkeipolitik: Außenminister Steinmeier in Ankara, Bundeskanzlerin Merkel in Ankara beim türkischem Präsidenten Erdogan, gemeinsame Tagung von Bundeskabinett und türkischem Kabinett in Berlin, Treffen zwischen Bundeskanzlerin und türkischem Ministerpräsidenten Davutoglu in Brüssel, Außenminister Steinmeier auf der Syrienkonferenz in Genf, Gespräche am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz ... Die Liste ließe sich noch fortsetzen.

Ergebnis dieser hektisch erscheinenden Aktivitäten

Für den Merckelschen Plan, die Flücht-

route über den Balkan zu schließen, soll die Türkei drei bis fünf Milliarden Euro erhalten. Die Außengrenze Europas ist dann mitten im Mittleren Osten und verläuft Tausende Kilometer entlang der syrischen, irakischen und iranischen Grenze. Die Bundeswehr selbst beteiligt sich mit der Marine im Mittelmeer an der Aufbringung von Flüchtlingsbooten, die nach den griechischen Inseln unterwegs sind. Die geretteten Flüchtlinge sollen dann aber nicht in Sicherheit, sondern zurück in die Türkei gebracht werden.

Die Türkei kann kritiklos weiter Krieg gegen die Kurden innerhalb der Türkei führen. Das tun die türkischen Truppen und „Sicherheits“kräfte, die

systematisch eine politische Hochburg der HDP nach der anderen angreifen. In mittlerweile 17 Städten herrscht teilweise seit den Wahlen im November letzten Jahres Ausgangssperre und ganze Stadtteile sind Trümmerfelder. Man kann sagen, dass wöchentlich eine neue Stadt auf der Zerstörungsliste hinzu kommt und die Liste der Verbrechen an der Zivilbevölkerung wird immer länger. Davon zeugen 20 verbrannte Menschen, die verletzt in ein Haus in Cizre geflüchtet waren, das dann in Brand geschossen wurde, oder die Drohung Davutoglus, Diyarbakir-Sur aus der Luft zu bombardieren. Mehr als 200 000 Menschen sind bis Mitte letzten Monats aus den angegriffenen



Bild aus Varto: Gezielte Zerstörung von Geschäften, Schaufenstern usw. durch die türkischen Sicherheitskräfte, insgesamt 91 Gebäude wurde beschädigt.

Städten geflüchtet. In Diyarbakir-Sur lebten bis vor kurzem noch an die 80 000 Menschen, jetzt sollen dort nur noch vier- bis fünftausend verblieben sein. Die neueste Region, gegen die sich die konzentrierten Angriffe richten, ist jetzt die Stadt Nusaybin, wo um die 90 000 wohnen. Nusaybin liegt direkt an der türkisch-kurdischen Grenze. Auf der syrischen Seite ist das der kurdische Kanton Cizere.

Ihrem Plan, eine Pufferzone in Syrien entlang der türkischen Grenze zu errichten, kommen die AKP-Regierung und Erdogan erheblich näher, da die Bundesregierung der Unterbringung der syrischen Flüchtlinge in dieser Region zustimmt und sogar das Technische Hilfswerk für den Aufbau von Lagern und ihrer Versorgung angeboten hat. Dass Pufferzonen nur militärisch errichtet werden können, ist der Bundesregierung sicherlich bewusst, deshalb protestiert sie auch nicht gegen die erneute Verlegung von türkischen Truppenteilen nach Nordsyrien. Die Bundesluftwaffe wird dann sicherlich den Luftraum überwachen.

Diese Pufferzone fordert die Türkei seit mehr als zwei Jahren. Ursprünglich war der Plan Erdogans, dass dieses als „Schutzzone“ deklarierte Gebiet auf syrischer Seite entlang der gesamten türkischen Grenze verläuft und so die Entstehung eines kurdischen Autonomiegebietes in Syrien unterbunden wird. Das ist durch die Bildung der kurdischen Kantone Cizere, Kobane und Afrin derzeit hinfällig geworden. Das jetzige Gebiet umfasst vorerst die Lücke zwischen den Kantonen Kobane im Osten und Cizere im Westen, ein ca. 100 km langer Korridor an der türkischen Grenze. Hier ist auch der letzte große Grenzübergang zur Türkei, über den der Nachschub und die Versorgung des IS und der Al-Nusra-Front (Al-Qaida) verlaufen. Die militärischen Kräfte der syrischen Kurden und der mit ihnen verbündeten arabischen Ver-

bände habe gerade begonnen, den IS anzugreifen, um Kobane und Afrin miteinander zu verbinden. Einen wichtigen Erfolg haben sie dabei schon errungen. Der Euphrat-Staudamm nahe Kobane wurde den IS-Einheiten aus der Hand genommen und die Wasserversorgung wieder hergestellt. Weitere wichtige Ölfelder konnten dem IS in Syrien ebenfalls abgenommen und eine eigene Benzinproduktion aufgenommen werden.

Anfang des Jahres überquerten erste türkische Truppenteile unter dem Deckmantel „turkmenische Brigade“ die Grenze in Richtung Afrin. Für den Rückzug der Al-Nusra-Front aus diesem Gebiet lieferte die Türkei der Al-Qaida-Gruppe Waffen. Nun sind die nächsten Militärkräfte in diesen Raum verlegt worden. Vom türkischen Militär wird auch der Aufbau von großen Flüchtlingsauffanglagern in der Grenzregion in Syrien vorangetrieben. Über die Grenze werden die Geflüchteten derzeit nicht gelassen. Mit dieser Pufferzone soll das geschlossene Gebiet Syrisch-Kurdistan verhindert werden. Seit einigen Tagen bombar-

diert und beschießt die türkische Armee Stellungen der kurdischen YPG in der Nähe von Kobane und Afrin. Letztes türkisches Angriffsziel war der erst kürzlich der Al-Nusra-Front abgenommene Luftwaffenstützpunkt nahe Afrin. Auf den Erfolg der YPG mit der Besetzung des Luftwaffenstützpunktes Minnigh folgte die Drohrede Davutoglus, der den sofortigen Rückzug der YPG forderte und die Beschießung der YPG-Stellungen bestätigte.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz hatte der türkische Außenminister Cavusoglu wenige Stunden vorher erklärt, dass die Türkei sich den Einsatz von Bodentruppen in Syrien vorstellen könne. Damit wäre dann der nächste Akteur neben den Militärkräften Assads, den verschiedenen arabischen Gruppierungen der FSA, dem IS, der Al-Qaida und den Kurden mit Bodentruppen in Syrien nach den USA, Russland und Iran, die in dem Bürgerkrieg agieren. Wie es da – besonders nach dem Erstarken der Assadregierung und -kräfte durch den Eintritt Russlands in den Konflikt – zu einer dauerhaften Waffenruhe kommen soll, steht in den Sternen.

Die Bundesregierung hat die Aufstockung der Militärausbilder im Irak beschlossen, die seit letztem Jahr die KDP-Peschmerga-Einheiten Barzanis mit Handfeuerwaffen, Milanraketen ausrüsten und schulen. Barzani verfolgt die Auslösung der kurdischen Autonomieregion aus dem Irak und die Bildung eines eigenen kurdischen Staates. Die deutsche Unterstützung Barzanis wird den Irak weiter destabilisieren. Aus den vielen Jahre Afghanistaninsatz haben Bundesregierung und Militär scheinbar keine Lehren gezogen, dass das Setzen auf einzelne Kräfte keine Befriedung bringt, sondern diese Länder immer tiefer in den Bürgerkrieg treibt.

Im Gegensatz zu Barzanis Plänen eines unabhängigen Staates haben sich demokratische Kräfte auf Seiten der



Das Bild wurde in Silvan aufgenommen. Der Text des Graffiti: „Wie glücklich derjenige, der sagt ‚Ich bin Türke!‘ – eine Verhöhnung der Opfer von Angriffen der Sicherheitskräfte.

Kurden gefunden, die eigentlich dem postulierten Bild der Bundesregierung entsprächen. Statt Abspaltung und Bekämpfung anderer Ethnien oder Religionszugehörigkeit verfolgt die YPG in Syrien – wie die HDP in der Türkei – das Ziel Föderalismus, demokratische, pluralistische und autonome Selbstverwaltung, Gleichberechtigung der Geschlechter. Eine Unterstützung dieses Modellversuchs in Syrien könnte auf Dauer Frieden bringen, militärisches Eingreifen aber sicherlich nicht. Für den Nato-Verbündeten Türkei, mit dem die EU auch Beitrittsverhandlungen führt, bedeutete ein solches Modell sicherlich das Ende von Erdogans Herrscherplänen, wäre aber ein



Derik: Getötete Schafe

Weg zur Beendigung des Kurdenkonflikts. Die kurdische Seite in der Türkei kämpft genau für dieses Modell, für Selbstverwaltung und föderative Türkei. Deshalb auch die so brutalen Angriffe der türkischen Armee in eigenen Land zur Erhaltung der Macht des Erdoganregimes. Die Mittelostpolitik der CDU-SPD geführten Bundesregierung befördert aber nicht die Befriedung der Region, sondern schürt eher das Feuer in den Konflikten.

Menschenrechte sind mit Demokratie verbunden – sicherlich gehören dazu nicht Kumpanei mit Diktatoren, Waffenlieferungen in Konfliktgebiete und eigene Truppenkontingente und aktives

bewaffnetes Eingreifen.

Die Aufhebung des PKK-Verbotes und die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste wird von 102 Abgeordneten des EU-Parlaments gefordert. An der Pressekonferenz in Brüssel, wo diese neue Initiative vorgestellt wurde, nahmen auch ein Abgeordneter des türkischen Parlaments von der HDP und der Ko-Bürgermeister von Siirt teil. Marie Christine Vergiat, Ko-Vorsitzende der kurdischen Freundschaftsgruppe im Europäischen Parlament, sagte, dass Erdogan eine rote Linie überschritten habe mit seinen Angriffen auf die kurdischen Kantone von Rojava und dem schmutzigen Krieg gegen die Kurden im eigenen Land. Die Streichung der PKK von der Terrorliste schaffe Möglichkeiten, die nötigen Friedensgespräche in der Türkei zu befördern: „Friedensgespräche können nur mit den Rebellen geführt werden, also mit der PKK.“

Eine unterstützenswerte Initiative!

Rudolf Bürgel

Nationalismus: Mit hohem Tempo gegen die Wand

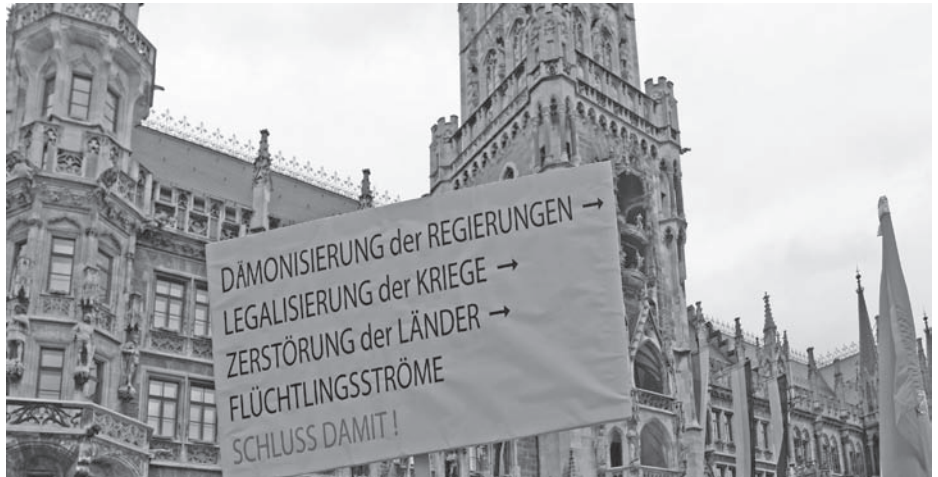
Bundeswehreinätze ohne UNO Mandat, wilde Koalitionskriege und Bündnisse gegen Menschenrechte

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ letzte Woche (9.2.) berichtet, wollen CDU-Abgeordnete um Hendrik Hoppenstedt, für Auslandseinsätze der Bundeswehr zuständiger Berichterstatter im Rechtsausschuss des Bundestages, erreichen, dass zur Begründung von Bundeswehreinätzen künftig der Artikel 87a Absatz 2 des Grundgesetzes herangezogen wird. Gegenwärtig werden solche Einsätze unter Berufung auf Art. 24, Abs. 2 gerechtfertigt, in dem es heißt, dass der Bund sich „zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“ kann. Unter dieser Bestimmung kann die BRD sich an Kriegen nur beteiligen, wenn ein Mandat der UNO vorliegt. Der Art 87a hingegen handelt von der Möglichkeit, die Bundeswehr „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“ einzusetzen. Würden die Unionsabgeordneten, die der Presse zufolge vom Unions-Fraktionsvorsitzenden Kauder unterstützt werden, mit ihrem Vorhaben durchdringen, wäre die Legitimationsbasis für die Teilnahme der BRD an Kriegen verändert: UNO-Mandate legitimieren sich aus Zielen, die von der Staatengemeinschaft deklariert wurden, sie haben ihre Wurzel in den anerkannten Menschenrechten. Damit wird eine weltweite Meinungsbildung von Kriegszielen, Kriegführung gefördert. Inhaltlich liefern die

diversen Deklarationen und Verträge einen Maßstab zur Beurteilung des Handelns der Akteure. Fragen der politischen Moral kommen auf, letztlich geht es ums friedliche Zusammenleben der Staaten. Wird hingegen mit der Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bund oder ein Land des Bundes argumentiert, wird maßgebend, wie sich die Bundesrepublik Deutschland in der Welt behaupten kann. Die Problematik der militärischen Einsätze würde sich verschieben. Von „Dient die Aktion dem Zusammenleben der Völker?“ in Richtung „Fördert die Aktion Eigeninteressen der BRD?“ Während unter der ersten Fragestellung nicht nur international anerkannte Grundsätze, sondern auch die öffentliche Meinung in anderen Staaten relevant sind, sind solche Argumente dann nur noch aus dem Wolkenkuckucksheim, gutmenschliche Naivität oder gleich Feindpropaganda. Das Hoppenstedt-Dokument liegt der Öffentlichkeit nicht vor. Wie es heißt, will die SPD diesem Ansatz nicht folgen. Dennoch ist die Initiative ein weiteres starkes Indiz für den Trend der BRD-Politik in Richtung Nationalismus. Worum es konkret und praktisch geht, schreibt der FAZ-Bericht in die Überschrift.¹

Die Tendenz zur Entwertung der UNO als Rahmen für die Diskussion internationaler Problemlagen zeigt sich auch in der immer noch zunehmenden Bedeutung der Münchner Nato-Sicherheitskonferenz, bei der offen-

sichtlich Absprachen stattfinden, die wegen ihrer Tragweite vor den UN-Sicherheitsrat gehörten. Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat finden unter der Charta der Vereinten Nationen statt. Allerdings wird die Bindung der Akteure an die darin festgeschriebenen Normen durch das Institut des Veto-Rechts der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gekontert. Eine Beschlussfassung des Sicherheitsrates wird nur möglich, wenn sie eine Basis in Normen und Zielen findet, die von allen anerkannt werden. Das strukturiert die weltweite Meinungsbildung. Wenn über die Berechtigung militärischer Intervention verhandelt wird, spielen die Menschenrechte eine Rolle. Die Zusammenkunft Mächtiger im „Bayerischen Hof“ zu München steht unter einem anderen Stern. Hier begegnen sich Machthaber, deren Aktionsradius lediglich durch Fakten, d.h. durch die Macht anderer eingegrenzt wird. Die Akteure verhalten sich als Exponenten der Ereignisse auf dem Schlachtfeld. Diese Gespräche sind Teil des Kriegsgeschehens, gespielt in der morbiden Atmosphäre eines Münchner Hotels. In diese Rolle ist die Konferenz langsam hineingewachsen, sie hat sich aus der Institutionalisierung von Koalitionskriegen durch „Koalitionen von Willigen“ ergeben. Das Format eignet sich zur Anwerbung von Willigen und zur Abschätzung des Widerstandes, der von Unwilligen zu erwarten ist. Zu Verhandlungen im Sinne von Interes-



Demonstration gegen Münchner Sicherheitskonferenz 2016

senausgleich eignet es sich nicht, weil dort selbst bei besten Absichten sämtlicher Anwesender keine Art von Vertrag geschlossen werden könnte. Sie bereitet Militärbündnisse und Aktionen vor, die nachher zwischen interessierten Regierungen besiegelt werden.

Weil diese Veranstaltung nicht anderes leisten kann, stellen sich an Frieden und Völkerverständigung interessierte Leute und Organisationen seit Jahren gegen die Durchführung dieses Schauspiels, aber die Opposition dringt nicht durch. Inzwischen haben die Veranstalter der Konferenz das Unbehagen und die Ablehnung des Publikums in ihre Dramaturgie beinahe fest mit eingeplant. Die Kritik, die ihnen entgegenschlägt, nehmen sie auf und geben sie an das Publikum zurück: Was würden Sie denn tun? Dieses Jahr stand im Zentrum der Diskussionen, wie es nicht anders sein konnte, der Mittelost-Krieg. Tatsächlich fallen in diesen Wochen Entscheidungen, und sie fallen auf dem Schlachtfeld, das dieses gequälte Land geworden ist. Die technische Überlegenheit des IS, der sich aus Arsenalen und Personal des alten irakischen Regimes bedienen konnte, wurde durch den Luftkrieg der Westmächte gebrochen. So konnten die Selbstverteidigungskräfte in den kurdischen Gebieten die Herrschaft dieser Terrorbanden zurückdrängen. Nach einem ähnlichen Muster entwickelt sich inzwischen die Lage im Norden Syriens. Der Einsatz der russischen Luftwaffe hat die von Al-Qaida-Terrorbanden mindestens durchgesetzten sogenannten Rebellen von Hilfsquellen abgeschnitten, die vor allem aus der Türkischen Republik sprudelten. Binnen weniger Wochen kann es dazu kommen, dass zwischen der Türkei und den Al-Qaida- bzw. IS-Gebieten keine Straßenverbindung mehr besteht. Damit wäre ein Ziel der Sicherheitsratsresolution, die ein vollständiges Embargo des IS fordert, realisierbar.

Während der Sicherheitskonferenztage war auf Einladung der Deutschen Journalisten Union (dju) Bedia Özgökce

Ertan, Anwältin und HDP-Abgeordnete im türkischen Parlament, zu Gast; sie konnte eine Reihe von Gesprächen mit der Presse und politischen Repräsentanten, u.a. den Landtagsfraktionen der SPD und der Grünen, führen. Bei einer Veranstaltung der dju im Münchner DGB-Haus thematisierte Michael Backmund von der dju zunächst das fast vollständige Verstummen über die Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staates, das im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Bundesregierung in Sachen Flüchtlingsregime eingetreten ist und nur langsam und unvollständig wieder ins Bild kommt. Angesichts der brutalen Übergriffe des Staates auf die Opposition im ganzen Land und den Krieg gegen die Menschen in den kurdischen Gebieten war beeindruckend, dass die HDP an ihrer Generallinie festhält. Die territoriale Integrität der Türkischen Republik wird ausdrücklich nicht in Frage gestellt. Das Ziel der Opposition ist es, die Türkei als Rechtsstaat zu (re)organisieren. In diesem Rechtsstaat geht es um Selbstbestimmung in Sachen Religion und Kultur, aber auch im Selbstverwaltung der Regionen.

Obwohl die historischen Wurzeln der HDP in einem Befreiungskampf gegen

die nationale Unterdrückung der Kurden gründen, hat sich eine Programmatik entwickelt, die nicht auf nationale Selbstbehauptung zielt, sondern auf Zusammenleben der Verschiedenen. Dies macht ihre Politik für die nahen und fernen Nachbarn akzeptabel und international anschlussfähig.

So hat die HDP eine Chance, ihren Kampf um eine demokratische Türkei unter den Bedingungen von Staatsterror und brutalen Übergriffen durchzuhalten. Dafür ist nicht unerheblich, wie sich die Europäische Union, insbesondere aber die Bundesrepublik Deutschland zu den Taten der Erdogan-Regierung stellt. Darüber hinaus muss sich die Regierung Erdogan im Zuge der von der UNO einberufenen Verhandlungen über den syrischen Krieg der Weltöffentlichkeit stellen. Ins Netz der weltweiten Arbeitsteilung eingebunden wird die türkische Gesellschaft erkennen müssen, dass der nationalistisch-fundamentalistische Ansatz der Regierung Erdogan nicht gangbar ist.

Martin Fochler

1) FAZ, 9.2.2016: „Nicht Moskau über Auslandseinsätze entscheiden lassen“. Die Unionsfraktion erwägt, Bundeswehrmissionen auf eine andere Rechtsgrundlage zu stellen / Briefwechsel mit dem Auswärtigen Amt



Von der türkischen Luftwaffe auf Befehl des Innenministers im November 2015 zerstört (li.): Die nach Andrea Wolf/Ronahi benannte Gedenkstätte mit Friedhof und Dokumentationszentrum in den Bergen von Sax/Catak (r.), die am 15.09.2013 feierlich eröffnet wurde. Foto: anf/diha

Aus dem Einladungsflugblatt der Deutschen Journalisten Union München

Griechenland braucht Solidarität – trotz alledem

Samstag, der 16. Januar 2016. Es ist ein stürmischer Tag in der Provinz Attica, die Athen umgibt. Auf der Autofahrt zu einem der aktuell größten Flüchtlingscamps des Landes sehen wir die Brandung hoch an den Strand schlagen. Eine von uns spricht unweigerlich aus, was alle im Auto denken: „Bei dem Wetter werden viele die Überfahrt nicht überleben.“ Immer noch kommen täglich 3500 bis 4000 Flüchtlinge in Griechenland an. Unsere Befürchtung bewahrheitet sich: Vergangene Woche starben wieder 45 Menschen, darunter 20 Kinder, bei der Überfahrt. Auch der Tod muss verwaltet werden. Die griechischen Provinzen versuchen, die Angespülten zu identifizieren, sie zu bestatten.

Ein Jahr nach der Regierungsbildung unter Premier Alexis Tsipras ist die humanitäre Lage im Land immer noch angespannt. Drei ganze Tage haben wir in verschiedenen Ministerbüros Gespräche geführt, mit Partnerinnen und Partnern unseres Athener Büros Gesundheits-, Sozialpolitiken und Verwaltungsreformen diskutiert. Vor allem haben wir aber viel von dem gehört, wie Mitglieder von Syriza und der Regierung das Jahr 2015 erlebt haben und für sich heute einordnen.

Als vor einem Jahr Syriza die Wahlen in Griechenland gewann und gemeinsam mit der rechtspopulistischen Anel die Regierung bildete, war in der europäischen – vielleicht weltweiten – Linken, der teilweisen Kritik am Koalitionsbündnis zum Trotz, der Jubel groß. Während Rechte, Konservative und Sozialdemokraten sich zu fürchten begannen, projizierte manch Linker all seine Hoffnungen auf das kleine, krisengeplagte und sich fest in der Hand seiner Gläubiger befindliche Land am Rande Europas und sah den Beginn einer dauerhaften Machtverschiebung in Europa bevorstehen. Syriza selbst zählte eher zu den Nüchternen. „Es kommt darauf an, ob wir die Zeit haben werden, einige wichtige Maßnahmen umzusetzen und einen Schuldenschnitt zu bekommen“, sagte Alexis Tsipras zwei Abende vor der Wahl bei einem Treffen mit VertreterInnen linker Parteien aus Europa, die den Wahlkampf von Syriza unterstützt hatten. Wir alle wissen, dass die Zeit nicht blieb. Übrig blieb auch wenig von den Projektionen, stattdessen unkte so mancher in Europa, die Regierung Tsipras habe durch ihre Einwilligung zum Memorandum of Understanding, linke Bewegungen in Europa verraten. Das waren im Übrigen viele von denen, die im Januar besonders laut jubelten. Nur einige wenige sagten ehrlich: Wir

haben Griechenland mit seinen Gläubigern, allen voran mit der deutschen Regierung, allein gelassen. Wir haben nicht geschafft, Druck auf die europäischen Regierungen auszuüben, eine breite Front der Solidarität zu organisieren, um damit Kräfteverhältnisse zu verschieben.

So wie Griechenland in der Flüchtlingsfrage in Europa weitgehend allein gelassen wird, geschieht das auch in den sozialen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der EU-Auflagen. Es lohnt sich aber, genauer hinzusehen, um zu erkennen, dass der Vorwurf, die Regierungspartei habe sich schon gänzlich von ihren Wurzeln und den sozialen Bewegungen entfernt, nicht trägt. So wurde – beides gegen die Stimmen des Koalitionspartners Anel – die Staatsbürgerschaft für Migrantenkinder und die Homoehe eingeführt. Die humanitäre Krise im Land wurde entschlossen angegangen, unter anderem mit konkreten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. So geht es bei dem gegenwärtig heiß umstrittenen Rentenpaket nicht nur um Kürzungen bei besonders hohen Renten, sondern auch um die Einführung einer Mindestrente.

Zu Beginn unseres Gespräches mit Theano Foutio, Ministerin für soziale Solidarität, sagte sie: „Es gab keinen Ausweg aus dem lästigen Sparprogramm, trotzdem und auch deshalb sitze ich hier.“ Millimeter für Millimeter kämpfen sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegen die Auflagen der Troika. Das erfordert Zähigkeit. So genehmigte Brüssel zum Beispiel lange nicht, dass die griechische Regierung Schulsessen für 200 000 der 600 000 Schulkinder ausgibt. Dass ein Staat für die Ausgabe von Schulsessen eine Genehmigung in Brüssel einholen muss, bleibt das stärkste Bild für die anhaltende Gängelung durch die Gläubiger Griechenlands während unseres Besuches. Theano Fotiou freut sich trotzdem. Die noch fehlenden Mittel werde sie durch eine Crowdfunding-Initiative einwerben, berichtet sie weiter. Kommt uns erstmal ungewöhnlich vor: Eine Ministerin, die Crowdfunding macht? Theano Fotiou ist aber nicht zu bremsen. 145 000 Familien hätten inzwischen eine Solidarkarte erhalten. Dies sei eine Chipkarte, die vom Staat zum Einkauf von Lebensmitteln ausgegeben werde. Zusätzlich gibt es freie Stromkontingente und Mietzuschüsse. Wichtig zu erwähnen ist ihr, dass Banken und Mobilfunkanbieter sich inzwischen dem Projekt angeschlossen haben und den Karteninhabern und -inhaberinnen Programme zur Stun-



Gesundheitsminister Andreas Xanthos und Dagmar Enkelmann

dung ihrer Schulden angeboten haben. Bei Übernahme des Ministeriums hätte sich außerdem herausgestellt, dass Gelder aus EU-Fonds für soziale Ausgaben von den Vorgängerregierungen nicht abgerufen worden seien. Auch diese würden sie jetzt zur Armutsbekämpfung einsetzen.

Ähnlich interessante Gespräche führten wir über eine Reform zur Angleichung der über 300 unterschiedlichen Arten von Krankenversicherungen und eine grundlegende Verwaltungsreform. Uns wird deutlich: Hier wollen Leute bis in die Ministerebene hoch mit uns über ihre Arbeit, über offene Fragen, Fehler und Erfahrungen sprechen. Die politischen Akteure haben im letzten Jahr gelernt und das sagt jeder ganz offen: Ohne eine enge Zusammenarbeit in Europa zu den einzelnen Politikfeldern werden wir es nicht schaffen, selbst kleinere Reformprojekte umzusetzen.

Ja, Griechenland und die Regierung Tsipras sind in der Realpolitik angekommen. Es weht kein Hauch von Revolution durch Athens Straßen. Es mag sein, dass in wenigen Monaten die kleine Hoffnung auf ein linkes Griechenland stirbt. Noch aber ist das nicht entschieden. Denn es gibt sie, die vielen kleinen Beispiele der Solidarität derjenigen, die selbst nichts haben, mit Obdachlosen oder den Flüchtlingen. Wichtig für Syriza ist, dass die parteiinterne Debatte um den zukünftigen Kurs so lebhaft bleibt wie in 2015 und zu Ergebnissen führt. Und wichtig ist auch, dass Griechenland nicht allein gelassen wird. Darin sehen wir unsere Aufgabe. Ganz egal, wie wir die Politik Syrizas aktuell im Einzelnen bewerten.

Solidarität jetzt erst recht! Der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung ruft zu Spenden für das öffentliche Krankenhaus in Rhodos auf.

Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V.

Berliner Sparkasse

IBAN: DE06100500000023230282

SWIFT: BELADEBEXX

Verwendungszweck: Spende Krankenhaus Rhodos

<http://www.rosalux.de/news/42093/griechenland-braucht-solidaritaet-trotz-alledem.html> (gekürzt)

ITF zum Internationalen Frauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März ruft die ITF (Internationale Transportarbeitergewerkschaft) die ihr angeschlossenen Gewerkschaften auf, über die Erfolge zu berichten, die sie für weibliche Verkehrsbeschäftigte erzielt haben, um anderen Gewerkschaften Praktiken und Anregungen für ihre eigene Arbeit zu vermitteln. Dazu die stellvertretende ITF-Koordinatorin für Frauenfragen Jodi Evans: „Wir wollen am 8. März nach wie vor eure Erfolge für weibliche Verkehrsbeschäftigte feiern und an die Öffentlichkeit tragen. So ist es beispielsweise toll zu erfahren, dass in Äthiopien erstmals Frauen hinter dem Steuer von Bussen sitzen oder dass in Australien Tausende Beschäftigte heute Anspruch auf Freistellung bei häuslicher Gewalt haben. Noch besser ist es aber, wenn Gewerkschaften in anderen Ländern, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind, nachvollziehen können, wie diese Erfolge erreicht wurden, um dieses Wissen dann selbst in die Praxis umzusetzen.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 4.2.2016

Irland: Kampf gegen Wasserprivatisierung

Am 19. Januar fand in Dublin eine zentrale Kundgebung irischer Wasserwerker statt gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Bei dieser Kundgebung stellte die Dienstleistungsgewerkschaft Siptu die gewerkschaftliche Initiative für eine Volksabstimmung zur Erhaltung des öffentlichen Charakters der Wasserversorgung vor, die an diesem Tag von 32 Abgeordneten öffentlich unterzeichnet wurde. Rund die Hälfte der unterzeichnenden Abgeordneten ist die Fraktion der Sinn Féin, die anderen verteilen sich über mehrere Parteien. Die Initiative „Water Guarantee“ wird im Vorfeld der kommenden Wahlen weiterhin auch Unterstützung von Politikern suchen, hat aber als Basis die Mobilisierung der Belegschaften und die Zusammenarbeit mit breiten Teilen der Bevölkerung, zumal sie sich die „klassischen“ Forderungen der irischen Antiprivatisierungsproteste zu eigen macht, dass alle Bereiche der Wasserversorgung (und nicht nur das sogenannte Kerngeschäft) von der öffentlichen Hand zu betreiben seien.

Quelle: <http://www.siptu.ie>, 25.1.2016

Slowakische Republik: Lehrer streiken für bessere Bezahlung

Hunderte von Schulen wurden in der letzten Januarwoche geschlossen, als mehr als 11 000 Lehrer für höhere Gehälter und ein höheres Schulbudget streikten. Die Regierung hat im

Jahr 2016, nach einer Fünf-Prozent-Gehaltserhöhung für die letzten drei Jahre, eine Lohnerhöhung von vier Prozent für Lehrer vereinbart. Aber die Demonstranten, die etwa zwölf Prozent aller Lehrer des Landes sind, sagen, dass das zu wenig ist. Viele Lehrer arbeiten in zwei Jobs, um über die Runden zu kommen. Den Schulen fehlt das Geld, richtige Lehrmittel zu kaufen. Die Gewerkschaften haben angekündigt, dass der Streik fortgesetzt wird, bis die Anforderungen erfüllt sind. Das Bildungsministerium schickte eine Berechnung an die Medien, dass die durchschnittliche Vergütung der Lehrer 997 Euro pro Monat beträgt.

Quelle: <http://spectator.sme.sk>, 25.1.2016

Ungarn: Partnerschaft von IG Metall und Vasas

Die IG Metall vertieft ihre Zusammenarbeit mit der ungarischen Metallgewerkschaft Vasas. Mit der Eröffnung einer gemeinsamen Bildungs- und Beratungseinrichtung in der Industriestadt Győr wollen die beiden Gewerkschaften mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten verankern. Das Projekt in der Innenstadt von Győr, das heute von IG Metall und der ungarischen Partnergewerkschaft Vasas eröffnet wurde, ist Anlaufstelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die IG Metall unterstützt das Projektbüro der sogenannten Transnationalen Partnerschaft TPI durch eine Bildungs- und Beratungsgesellschaft. Es wird Bildungsprogramme für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und die interessierte Öffentlichkeit entwickeln.

Die Wahl des Standorts Győr kommt daher, dass sich auf dem Werksgelände von Audi und im Industriepark der Stadt viele deutsche Unternehmen aus dem Automobilsektor angesiedelt haben. Bei dem Projekt geht es darum, Erfahrung und Know-how von IG Metall und Vasas weiter zu geben und vor Ort anzuwenden. Ziel der engeren Zusammenarbeit ist es, gemeinsam die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten zu verbessern – insbesondere an den ungarischen Standorten der deutschen Automobilhersteller und -zulieferer. Deutsche Autofirmen sind in Ungarn ein enorm wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Werke von Audi, Mercedes und Opel plus deutsche Zulieferer stehen für 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts von Ungarn.

Vasas will die Mitgliederer Gewinnung und -betreuung insbesondere in den Standorten deutscher Automobilzulieferer intensivieren. „Ich habe großes Vertrauen, dass wir in Ungarn erfolgreich mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten in den Betrieben verankern können“, sagte Bela Balogh, Vorsitzender der Vasas, bei der Eröffnung der

Beratungseinrichtung mit dem Namen „Transnationale Partnerschaftsinitiative für Bildung und Beratung Győr“. Für die ungarischen Gewerkschaften haben sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren immer mehr verschlechtert. Die rechtskonservative Regierung Viktor Orbans veranlasste seit 2012 massive Eingriffe in das Streik- und Arbeitsrecht. Ein sozialer Dialog zwischen Regierung, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden findet kaum noch statt. Verschärft wird diese Gemengelage durch die Zersplitterung in viele kleinere Gewerkschaften, die viele Mitglieder verloren haben. Vor diesem Hintergrund ist die Kooperation von IG Metall und Vasas ein wichtiges Signal für Arbeitnehmer, entlang der Wertschöpfungsketten grenzübergreifend ihre Rechte wirksam zu vertreten.

Quelle: <https://www.igmetall.de>, Januar 2016

Portugal: Die Sparmaßnahmen müssen fallen

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind am 29. Januar mit der Forderung in den Streik getreten, dass die neue Regierung die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden kürzt. Die bisherige Mitte-Rechts-Regierung, die im November 2016 abgelöst wurde, führte die 40-Stunden-Woche im öffentlichen Sektor im Jahr 2013 als Teil ihres Sparkurses im Rahmen einer internationalen Sicherheitsleistung ein, die im Jahr 2014 beendet war. Die Regierung hat bereits die neuen Arbeitszeiten genehmigt, die im Juli 2016 eingeführt werden sollen, aber der größte Gewerkschaftsbund CGTP will die Änderung zu einem früheren Zeitpunkt. Der CGTP erklärte auf seiner Website, dass der nationale Verband der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bei einem Treffen mit Regierungsvertretern den Streik angekündigt habe und diese Aktionen fortsetzen wird, bis ihre Forderung erfüllt ist.

Quelle: <http://www.dailymail.co.uk>, Collective Bargaining Issue, 29.1.2016

Somalia: Ölarbeiter gründen Gewerkschaft

1.500 Mitglieder haben die neue somalische Gewerkschaft Union of Petroleum & Gas Workers (Supegw) gegründet – über ein Drittel davon Frauen. Dabei sind sowohl Mitglieder, die in der Förderung auf dem Lande als auch zur See in Unternehmen wie Conoco-Phillips, Shell, British Petroleum, Amoco, Eni, Total und Texaco beschäftigt sind. 97 Delegierte aus Süd- und Nordregionen Somalias, darunter 44 Frauen, nahmen an dem Gründungskongress teil. Der erste gewählte Supegw-Präsident Mohamed Mohamud sagte: „Wir sind zuversichtlich, für höhere Löhne

und bessere Bedingungen für die Beschäftigten zu verhandeln. Im Laufe der nächsten Wochen und Monaten werden wir die Kampagne verstärken, um den Arbeitern ihre Stimme zu geben.“ Der Öl- und Gassektor ist von entscheidender Bedeutung für Somalia. Das Land hat ein riesiges Onshore- und Offshore-Öl- und Gaspotential. IndustriALL begrüßt die Entstehung einer neuen Kraft in Somalia und wird jede mögliche Unterstützung für die neu gegründete somalische Gewerkschaft leisten.

Quelle: <http://www.industrial-union.org>, 22.1.2016

Philippinen: Prüfung von Arbeitsschutzvorschriften

Als Ergebnis der Aktivitäten im Rahmen der globalen Kampagne für Haushalts-Kräfte in den Philippinen ist es der der IUL angeschlossenen Nuwhrain gelungen, eine Verwaltungsanordnung zur Überprüfung von Hotels auf Einhaltung der nationalen arbeitsrechtlichen und Arbeitsschutzvorschriften durchzusetzen. Letztes Jahr führte die Nuwhrain ein Gespräch mit dem Ministerium für Arbeit und Beschäftigung (Dole) über die missbräuchlichen Arbeitsbedingungen von Haushalts-Kräften in Hotels im ganzen Land. Als Antwort darauf erließ das Dole eine Verwaltungsanordnung zur Durchführung nicht angekündigter Überprüfungen von zehn Hotels in Manila, darunter Discovery Suites, Raffles Makati und Holiday Inn Makati. Es ist das erste Mal, dass eine Sonderüberprüfung von Betrieben in einem Wirtschaftszweig in den Philippinen durchgeführt wird. Die Überprüfung wird gemeinsam von Dole, dem Büro für Arbeitsbedingungen, der nationalen Schlichtungs- und Vermittlungsstelle und dem Arbeitsschutzzentrum durchgeführt und wird ihr Augenmerk auf den Missbrauch von prekärer Beschäftigung und die Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen von Housekeeping-Kräften richten. Bei den Überprüfungen wird die Einstellung von Gelegenheitsbeschäftigten als Housekeeping-Kräfte über Leiharbeitsfirmen unter die Lupe genommen werden, da diese Tätigkeiten gemäß den Kollektivvereinbarungen nur von festangestellten Kräften verrichtet werden sollten.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 5.2.2016

USA: Kampf gegen Massenentlassungen bei Mondelez

Die der IUL angeschlossene Bctgm (Gewerkschaft Backwaren, Süßwaren, Tabak und Getreide Mühlenindustrie) hat ihren Kampf gegen Massenentlassungen in der Mondelez-Keksfabrik in Chicago mit der Einreichung von

Beschwerden und Klageerhebung vor einem Bundesgericht verschärft, denen zufolge die Entlassungen diskriminierend sind und gegen die Kollektivvereinbarung verstoßen, da die große Mehrheit der Beschäftigten der Fabrik älter als 40 Jahre ist und Minderheiten angehört. Mondelez (internationaler Lebensmittelkonzern, ist nach Nestlé und PepsiCo der drittgrößte Nahrungsmittelhersteller der Welt) hat nun offiziell seine Absicht bekanntgegeben, die ersten 277 von schließlich 600 gewerkschaftlich organisierten Arbeitsplätzen abzubauen, nachdem die Produktion bestimmter Linien nach Mexiko verlagert worden ist. Die Gewerkschaft hat das Management auch formell der Einschleusung von nicht gewerkschaftlich organisierten Vertragsarbeitern in die Verhandlungseinheit bezichtigt, um die Verhandlungsmacht der Gewerkschaft zu schwächen. Im Mai letzten Jahres erklärte Mondelez gegenüber der Gewerkschaft, es werde in neue Linien in Nordamerika investieren, habe aber, wie es vorgab, noch nicht entschieden, ob die Investitionen in Salinas, Mexiko, oder in Chicago getätigt werden sollen. Mondelez erklärte gegenüber Bctgm-Vertretern, dass die 600 gewerkschaftlich organisierten Arbeitsplätze in Chicago abgebaut würden, wenn die neuen Linien in Mexiko installiert würden, und dass der Konzern selbst dann, wenn die Bctgm-Mitglieder in Chicago jährlichen Einsparungen in Höhe von 46 Millionen USD zustimmen würden, immer noch 255 ihrer Arbeitsplätze streichen würde. Die Gewerkschaft wies diesen zynischen Vorschlag zurück und geht in Erwartung schwieriger landesweiter Vertragsverhandlungen in diesem Jahr gegen diese Entlassungen vor.

Quelle: www.iuf.org, 27.1.2016

Argentinien/Brasilien: Streik bei Fluggesellschaft

Luftfahrtbeschäftigte aus Brasilien und Argentinien streiken für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen bei der Latam Airlines Group. Das Unternehmen hat Gewerkschaftsführer in Peru und Ecuador ohne Gründe gefeuert und zur Kosteneinsparung Änderungen vorgenommen, von denen die Beschäftigten annehmen, dass die Flugsicherheitsstandards davon betroffen werden. In Brasilien haben Beschäftigte der Zivilluftfahrt für einen landesweiten Streik am 3. Februar gestimmt. Die Beschäftigten haben dazu eine Fahrgastinformationskampagne gestartet, um die Gründe für den Streik zu erklären und die Passagiere über möglichen Gefahren bezüglich der künftigen Sicherheit zu informieren. „Streik ist die letzte Maßnahme, die wir ergreifen, um gegenüber dem

Unternehmen die Notwendigkeit zum Ausdruck zu bringen, unsere beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen anzuerkennen. Wir sind für die Flugsicherheitsstandards und den Erfolg des Luftverkehrs in der Region verantwortlich“, erklärte Sergio Dias, Vorsitzender von Fentac, der zivilen Luftfahrtföderation. In Argentinien haben im Januar Streiks von nicht mehr als ein paar Stunden zu Verzögerungen von mehr als ein Dutzend Flügen zu den nationalen und internationalen Flughäfen geführt und zusätzliche Verzögerungen in Chile, Peru, Brasilien und Paraguay ausgelöst. Die Streiks- und Arbeiterversammlungen begannen unter Mitwirkung des Arbeitsamts von Argentinien ein Rechtsmediationsverfahren, das am 4. Februar endet. Weitere Streiks nach dem 4. Februar sind wahrscheinlich. Die Streiks werden Frachtflüge sowie Passagierflüge aller Fluggesellschaften treffen. Latams Kostensenkungsprogramme umfassen einen neuen „Remote-Versand“ und zahlreiche Einsparungen bei der Zahl der Mechaniker, Disponenten und anderer hochqualifizierter Beschäftigter. In Ecuador müssen LAN-Flugbesatzungen Mehrfachanforderungen an einem Tag erfüllen, die möglicherweise im Widerspruch zu den gesetzlichen Erholungszeiten stehen. Der Streit könnte sich unter Einbeziehung der kolumbianischen Luftfahrt-Beschäftigten ausweiten. Zusätzlich zu den Arbeitskonflikten in der Region hat das Unternehmen Jimena Lopez, Generalsekretärin der Luftverkehrsgewerkschaft in Ecuador (SITA) und Eiko Murata, Vorsitzende der LAN Peru Bodenpersonal-Gewerkschaft gefeuert. Beide Frauen waren die Gründerinnen der ersten Gewerkschaften der Luftverkehrsbeschäftigten in ihren Bereichen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 3.2.2016

Argentinien: Staatsangestellte entlassen

Die argentinische Vizepräsidentin hat im Januar angekündigt, dass im Senat 2035 und in den Ministerien mehrere tausend Angestellte entlassen werden. Medienberichteten von 15 000 bis 20 000 Staatsangestellten, deren Arbeitsverträge ab Januar 2016 nicht erneuert wurden. Das Medien-, Kommunikations- und Landwirtschaftsministerium, der Senat und das Regierungskabinett seien von den Entlassungen am stärksten betroffen. Hugo Moyano, der Vorsitzende der Gewerkschaft CGT-Azopardo, bezeichnete das Verhalten der Regierung als „Drohung“ und „Erpressung“. Sie wolle für die bevorstehenden Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften Druck machen.

Quelle: <http://publik.verdi.de/2016/ausgabe-01>

Venro begrüßt internationale Zusagen für Hilfgelder für syrische Flüchtlinge

BERLIN. „Die Zusage der Hilfgelder ist ein positives Zeichen. Die internationale Gemeinschaft scheint das Ausmaß der humanitären Katastrophe in Syrien endlich wahrzunehmen“, sagt Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von Venro. „Es bleibt nur zu hoffen, dass die Regierungschefs die versprochenen Gelder auch wirklich zur Verfügung stellen.“ Auf der internationalen Geberkonferenz „Supporting Syria and the Region“ in London trafen sich heute mehr als 30 Staats- und Regierungschef sowie Delegationen aus 70 Ländern. Die Teilnehmenden haben sich verpflichtet, in den nächsten drei Jahren Milliarden Euro für syrische Flüchtlinge und Binnenvertriebene zur Verfügung zu stellen. Deutschland hat mit 2,3 Milliarden Euro bis 2018 eine sichtbare Steigerung der Mittel zugesagt und einen neuen Marshall-Plan für die Region angeregt. „Neue Hilfgelder sind wichtig, aber das alleine wird nicht ausreichen“, so Dr. Bornhorst. „Die Flüchtlinge brauchen Zugang zu Arbeit und Bildung. Die Menschen brauchen eine Perspektive und die Möglichkeit, selber zu einer friedlichen Zukunft beizutragen.“ Die Zusage des Libanon, Flüchtlingen Zugang zu Bildung zu ermöglichen und das neue türkische Gesetz zur Arbeits-erlaubnis für Flüchtlinge seien deshalb von großer Bedeutung. „Um die Nachbarländer Syriens zu entlasten, ist es aber auch notwendig, dass weitere Länder neben Deutschland, Schweden und Norwegen der humanitären Aufnahme von Flüchtlingskontingenten zustimmen“, so Dr. Bornhorst. „Regierungen dürfen sich nicht hinter finanziellen Zusagen zur humanitären Hilfe verstecken.“ <http://venro.org/home/>

Die Brennelemente-Steuer muss bleiben! AtomkraftgegnerInnen kritisiert Pläne der Union

HAMBURG. In diesem Jahr muss die Bundesregierung über eine Verlängerung der Steuer auf atomare Brennelemente in Atomreaktoren entscheiden. CDU und CSU wollen die Erhebung dieser Steuer nicht verlängern und den Betreiberfirmen damit ein milliardenschweres Steuergeschenk machen. UmweltschützerInnen kritisieren diese Pläne scharf. Um den Druck auf die Politik zu erhöhen, haben die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt und das Umweltinstitut München nun eine Online-Aktion gestartet. Jochen Stay, Sprecher von .ausgestrahlt, kritisiert: „Weigert die Regie-



rung sich, die Brennelementesteuer zu verlängern, dann würden die alten Reaktoren wieder lukrativ und könnten satte Gewinne einbringen. Ein solches Szenario würde den Betreiberfirmen Anreize geben, sich für noch längere Laufzeiten einzusetzen und damit den Atomausstieg zu sabotieren.“ Christina Hacker, Vorstand im Umweltinstitut, ergänzt: „Die Brennelementesteuer muss bis zum Ende der Laufzeiten bestehen bleiben, denn Rückbau und Lagerung der strahlenden Abfälle werden immense Summen verschlingen. Und die Atomkonzerne setzen derzeit alles daran, sich aus den Zahlungsverpflichtungen zu stehlen.“ Eingeführt wurde die Steuer 2010 für den Subventionsabbau, so begründete die Union diese Maßnahme im Bundestag. Ziel war es, so ein CDU-Redner damals, die direkte Bevorzugung der Atomwirtschaft zu beenden, um mehr Chancengleichheit auf dem Strommarkt zu schaffen. Das soll jetzt alles nicht mehr gelten. Die Energieunternehmen klagten gegen die Steuer. Doch inzwischen haben mehrere Gerichte ihre Rechtmäßigkeit bestätigt: der Bundesfinanzhof, das Finanzgericht Baden-Württemberg und der Europäische Gerichtshof. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht noch aus. Mit der Online-Aktion wollen die AtomkraftgegnerInnen dafür sorgen, dass die Atomkonzerne keine weiteren Vergünstigungen erhalten. Mit der Steuer tragen die Betreiber zumindest einen Teil der künftig anfallenden Kosten, die ansonsten der Allgemeinheit aufgebürdet würden. www.ausgestrahlt.de

Kürzungen und Sanktionen: Massive Kritik des Paritätischen an Hartz-IV-Verwaltungsreform

BERLIN. Tief enttäuscht zeigt sich der Paritätische Wohlfahrtsverband von dem heute im Kabinett beratenen Gesetzentwurf zur „Rechtsvereinfachung“ und Entbürokratisierung bei Hartz IV. Die geplante Reform gehe nicht nur an den Sorgen und Nöten der Menschen vorbei, sondern werde im Ergebnis auch zu höherer Rechtsunsicherheit und zusätzlichen Klagen führen. „Den Menschen bringt dieses Gesetz so gut wie nichts, ganz im Gegenteil: Bei den Wohnkosten sind weitere Verschlechterungen absehbar. Entgegen der ursprünglichen Intention, Sanktionen zu entschärfen, sollen nun sogar zusätzliche Möglichkeiten der Verhaltenskontrolle und Sanktionierung eingeführt werden“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. „Unter dem Strich ist es hochfraglich, ob dieses Gesetz überhaupt zu weniger Verwaltung führt.“ Der Verband kritisiert insbesondere die völlig unpraktikable Pauschalierung der Heiz-

kosten. „Bereits 2014 blieben Hartz-IV-Bezieher bundesweit auf 620 Millionen Euro Wohnkosten sitzen, die nicht übernommen wurden. Dies ist einer der Hauptgründe der großen Zahl von Widersprüchen und Klagen vor den Sozialgerichten. Mit der zusätzlichen Pauschalierung der Heizkosten wird die Zahl der Klagen mit Sicherheit zunehmen“, prognostiziert Schneider. Den gleichen Effekt sagt der Verband bei der Einführung so genannter „Ersatzansprüche“ bei sozialwidrigem Verhalten voraus. „Dies ist nichts anderes als ein neues Sanktionsinstrument, was zudem eher mehr als weniger Rechtsunsicherheit schafft. Die Sozialgerichte werden ordentlich zu tun bekommen.“ Der Verband fordert die Bundesregierung auf, sich nicht länger ausschließlich mit verwaltungstechnischem Kleinklein und abstrusen Schikanen zu befassen, sondern sich endlich den wirklichen Problemen der Langzeitarbeitslosen zu stellen. „Wer Jobcenter und die Betroffene gleichermaßen entlasten will, muss endlich die drangsalierende und absurde Sanktions- und Darlehensbürokratie abschaffen“, so Schneider. Darüber hinaus brauche es ein bedarfsgerechtes Existenzminimum und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der den Menschen wieder Arbeit gibt.

www.der-paritaetische.de

Das Asylpaket II: Menschenrechte in Gefahr

BERLIN. Amnesty International, Deutscher Anwaltverein und Pro Asyl kritisieren geplante massive Verschlechterung der Asylverfahren in Deutschland. Die Bundesregierung setzt mit dem am Mittwoch beschlossenen Asylpaket II auf eine Politik von Härte und Unverhältnismäßigkeit gegenüber Menschen auf der Flucht, kritisieren Amnesty International, Deutscher Anwaltverein (DAV) und Pro Asyl. „Die neuen beschleunigten Verfahren gefährden massiv die Menschenrechte von Flüchtlingen“, sagt Selmin Çalışkan, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. „Anstatt zu gewährleisten, dass Asylanträge einfach schneller bearbeitet werden, was gerade für die Betroffenen wichtig ist, werden die Verfahren verschlechtert. Der Zeitdruck auf die Sachbearbeiter wird erhöht, und die individuellen Gründe für Flucht und Asyl können kaum noch geprüft werden.“ Bei den Schnellverfahren gelten extrem kurze Fristen. Insbesondere Flüchtlinge ohne Papiere werden diesen Verfahren unterworfen, weil ihnen eine mangelnde Mitwirkungsbereitschaft im Asylverfahren unterstellt wird. Damit wird das Schnellverfahren zum Standardverfahren. Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt warnt: „Es darf



keine rechtsschutzfreien Räume geben, Schnell-Ablehnungen dürfen nicht zum Standard werden.“ In den besonderen Aufnahmezentren ist keine kostenlose Rechtsberatung vorgesehen. Faire Asylverfahren und die Korrektur von Fehlentscheidungen durch die Arbeit von Rechtsanwälten sowie Gerichten werden kaum noch möglich sein. „Um der Rechtsweggarantie des Grundgesetzes zu entsprechen, ist es erforderlich, dass jeder Flüchtling in jedem Stadium des Verfahrens die Möglichkeit hat, sich anwaltlich beraten und vertreten zu lassen“, sagt Rechtsanwältin Gisela Seidler, Vorsitzende des Ausschusses Ausländer- und Asylrecht des Deutschen Anwaltvereins. „Deshalb ist es erforderlich, neue Modelle der Finanzierung der anwaltlichen Beratung zu finden.“ Wegen des jüngst eingeführten Sachleistungsprinzips verfügen viele Asylsuchende gar nicht über die finanziellen Mittel, um einen Rechtsanwalt zu beauftragen. Selbst Menschen, die krank oder durch Erlebnisse in ihrem Herkunftsland schwer traumatisiert sind, können mit dem neuen Gesetz leichter abgeschoben werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass von Gesetzes wegen eine Vermutung besteht, „dass der Abschiebung gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen“. Reichen Kranke ein ärztliches Attest nicht unverzüglich ein, bleibt dieses unberücksichtigt. Atteste von Psychotherapeuten sollen nicht ausreichen, obwohl hier eine besondere Expertise in der Traumabehandlung und -diagnose besteht. „Die Regierung gefährdet so das Leben und die Gesundheit der Betroffenen“, kritisiert Burkhardt. Laut Gesetzentwurf soll der Familiennachzug für subsidiär Geschützte, zum Beispiel Menschen aus Kriegsgebieten, für zwei Jahre ausgesetzt werden. In der Praxis würde dies mit dem Asylverfahren und der Bearbeitungszeit für den Antrag auf Zusammenführung eine mehrjährige Trennung von Familien bedeuten. Die drohende Aussetzung des Familiennachzugs wird den derzeitigen Trend verstärken, dass Kleinkinder, Kinder und Frauen sich auf die lebensgefährliche Fluchtroute und in die Hände von Schleusern begeben. „Mit dieser Politik unterläuft die Bundesregierung ihren selbstgestellten Anspruch auf eine zügige Integration in Deutschland“, sagt Çaliskan. „Die Zusammenführung mit

ihrer Familie und das Wissen um ihre Sicherheit sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass Geflüchtete Perspektiven für das Leben in einem neuen Land entwickeln und Traumata von Krieg und Flucht verarbeiten können.“

Der Vorschlag, Tunesien, Algerien und Marokko zu „sicheren“ Herkunftstaaten zu erklären, stößt auf massive Kritik. Çaliskan: „Das Konzept der ‚sicheren Herkunftsländer‘ ist nicht mit dem Recht auf ein individuelles Asylverfahren vereinbar. In Bezug auf die Maghreb-Staaten scheint die dortige Menschenrechtssituation bei den Überlegungen überhaupt keine Rolle gespielt zu haben.“ In Marokko und Tunesien dokumentiert Amnesty seit Jahren Folter durch Polizei und Sicherheitskräfte. In beiden Ländern wurden Homosexuelle wegen ihrer sexuellen Orientierung vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt. In Tunesien, aber auch in Algerien, wird das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt. Die Organisationen werfen der Bundesregierung vor, Menschenrechtsverletzungen in diesen Staaten zu ignorieren und stattdessen Persilscheine auszustellen, die dazu führen, dass in den Eilverfahren die Fluchtgründe praktisch nicht mehr geprüft werden. www.proasyl.de

Mitten in Europa: Zwangsüberstunden und Armutslöhne in der Modebranche

BIELEFELD. Wenn „Made in Europe“ auf den Bekleidungsetiketten steht, wird das oft als Garantie für gute Arbeitsbedingungen angesehen. Zwei neue Länderdossiers der Clean Clothes Campaign zeigen jedoch, dass Beschäftigte in der Modeindustrie auch innerhalb der EU und mitten in Europa Armutslöhne verdienen. Polnische und tschechische ArbeiterInnen berichten davon, Überstunden nicht freiwillig zu leisten und die gesetzlich vorgeschriebenen Überstundenzuschläge nicht zu erhalten. Teils werden Überstunden sogar überhaupt nicht entgolten. Zusätzlich zu Billiglöhnen und unbezahlten Überstunden beschrieben die Beschäftigten ihre Arbeitsumgebung oft als gesundheitsschädlich. Qualitätsarbeit sei ihr Wettbewerbsvorteil, so die polnische und tschechische Textilbranche. Die ArbeiterInnen gaben Calvin Klein, Schiesser und Hugo Boss als Auftraggeber ihrer Fabriken an, wo sie jedoch gerade den Mindestlohn (312 Euro in Polen und 390 Euro in Tschechien) verdienen – oder nicht einmal das. Während diese Praxis gegen Gesetze verstößt, verletzt die Verweigerung eines Existenzlohnes Menschen-

rechte. Befragt nach dem für ein anständiges Leben mindestens notwendigen Betrag schätzten die Beschäftigten, dass sie bis zu dreimal so viel verdienen müssten wie jetzt. Ein geringer Anteil des Gewinns in der Modebranche erreicht die eigentlichen ProduzentInnen: „Hatten wir zu wenig Aufträge? Nein! Wir versanken in Arbeit; es gab genug Aufträge – solange wir ohne Jahresurlaub für Billiglöhne immer fleißig Überstunden leisteten und nicht den Mund aufmachten. Diese Schufferei hat jemanden sehr reich gemacht.“, sagte eine polnische Arbeiterin. Die Forscherinnen betonen, dass die Lohnsituation und Arbeitsbedingungen in der Branche auch dadurch verursacht werden, dass v.a. Frauen dort arbeiten. Die Verdienstmöglichkeiten im Sektor sind die schlechtesten im Vergleich aller gewerblichen Branchen.

Angst und Resignation: Die tschechische Forscherin Lenka Simerska hob hervor, dass „viele Frauen selbst nach 20 Jahren Betriebszugehörigkeit immer noch nur den Mindestlohn erhalten und ihnen kein Überstundenzuschlag, wie er gesetzlich vorgeschrieben wäre, ausbezahlt wird“. Anna Paluszek, die Autorin der polnischen Studie, beschreibt die Situation so: „Die ArbeiterInnen werden unter ständigen Akkord- und Verlagerungs-Druck gesetzt. Er entsteht durch hohen Zeit- und Preisdruck der Auftraggeber. Aus Angst unternehmen die Frauen nichts gegen ihre Situation. Sie haben die Hoffnung auf eine menschenwürdige Arbeit aufgegeben.“ Gewerkschaften sind in den Betrieben kaum zu finden.

„Es ist höchste Zeit, dass Textilhändler und Regierungen den ArbeiterInnen ein Leben in Würde ermöglichen – nicht in Not und Armut. Markenfirmen müssen ihre Einkaufspreise so erhöhen, dass sie unmittelbar Lohnerhöhungen zumindest bis zur Armuts Grenze von 60% des Durchschnittslohnes ermöglichen. Gesetzliche Mindestlöhne müssen wahre Lebenshaltungskosten widerspiegeln und ebenfalls zumindest die Armuts Grenze erreichen.“ Dies fordert Bettina Musiolek von der Clean Clothes Campaign.

www.saubere-kleidung.de



„Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr“?

„Null-Tarif“? Legalisiertes Schwarzfahren? Nur noch Zeit- oder Plastikkarten? Was mag man sich nicht alles unter „fahrscheinlos“ vorstellen? Während einerseits hart um den Erhalt des sehr bescheidenen Sozialtickets gerungen werden musste, nun auf einmal dies?

In seiner Sitzung vom 21. Januar befasste sich der Hauptausschuss mit einem Antrag der SPD-Fraktion aus den letzten Haushaltsberatungen unter genau diesem Titel: „Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr“. Die Fraktion verlangt darin von der Verwaltung, bis März 2017 eine Machbarkeitsstudie durchzuführen, „die folgende Fragen berücksichtigt: Wie kann fahrscheinloser ÖPNV finanziert und schrittweise umgesetzt werden? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen liegen vor? Welche Maßnahmen und Finanzierungsinstrumente sind denkbar, um die für Mannheim, besser für die rnv-Partner Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg, geeignete Variante dafür zu bestimmen?“

Dieser Antrag der SPD knüpft an einen im Beteiligungshaushalt unter Nummer 132 eingereichten Bürgerantrag an: „Pilotprojekt Fahrscheinloser ÖPNV in Mannheim“. Die Verwaltung hatte auf diesen mit 190 „Likes“ hoch bewerteten Antrag seinerzeit schon umfassend geantwortet, und Bürgermeister Specht wiederholte im Laufe der Debatte die wesentlichen Argumente, die seiner Meinung nach gegen einen solchen ticketfreien ÖPNV sprechen: Mangelnde Tarifhoheit der Stadt Mannheim im Verkehrsverbund, nur aufhebbar durch Austritt aus dem Verbund. Frage, wie die Kosten des ÖPNV dann finanziert werden sollen. Und vor allem: Die Kos-

ten würden erheblich steigen, weil der ticketlose ÖPNV sehr viel attraktiver für die Menschen würde und entsprechende Beförderungskapazitäten zusätzlich bereitgestellt werden müssten.

Genau dies nicht von der Hand zu weisende Argument ist nun gerade das entscheidende für eine Machbarkeitsstudie, verspricht es doch eine deutliche ökologische Entlastung der Innenstadt, ja der gesamten Stadt.

Grüne und Linke begrüßten den Vorstoß, die CDU fand: Es lohnt sich immer über den ÖPNV zu diskutieren, allerdings „nicht so euphorisch“, und selbst die FDP wollte Denkverbote nicht gelten lassen.

Diese Breite der „Aufgeschlossenheit“ mag nur auf den ersten Blick verwundern. Denn der Antrag der SPD thematisiert nicht die Frage, wer letztlich für die Kosten aufzukommen habe: „Der Staat“? Die Kommune? Die Fahrgäste durch den Erwerb z.B. einer ÖPNV-Plastikkarte? Alle Bürgerinnen und Bürger via Umlage? Die Arbeitgeber via Umlage wie in Frankreich? Die Frage nach „fahrscheinlosem ÖPNV“ ist zunächst einmal auf dem sozialen Auge blind, sie ist mehr technisch-logistischer Natur. Sie kann in Richtung Entlastung der öffentlichen Hand durch Umwälzung auf die BürgerInnen diskutiert oder auch gerade umgekehrt.

In der Begründung ihres Antrags ver-

sucht die SPD, die Finanzierungsdiskussion schon mal in Richtung einer Umlage vom Baby bis zum Greis zu lenken, beispielsweise 25 Euro monatlich auf 300000 Einwohner macht 90 Mio. Euro pro Jahr, was in etwa den gegenwärtigen Kosten entspricht. Eine solche Finanzierung wäre jedoch ebenso unsozial wie jede „Kopf-Steuer“. Sie berücksichtigt nicht die finanzielle Leistungsfähigkeit der Zahlungspflichtigen. Ist die Entwicklung des ÖPNV aber nicht viel eher als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu sehen, die für das Leben auf dem Land ebenso existenziell notwendig ist wie in den Ballungsräumen? Dann wäre die Steuerfinanzierung angesagt.

Diese Fragestellungen sind die entscheidenden, ob mit oder ohne Fahrschein. Dies sollte man insbesondere im Landtagswahlkampf nicht vergessen, ist doch die ÖPNV-Infrastruktursubvention Ländersache geworden. Auch sollte man nicht vergessen, dass einige Leistungen schon jetzt vom Bund bzw. Land finanziert werden, wie z.B. die Schülerbeförderung oder die Subvention für das Ticket ab 60. „Umlagefinanzierung“ nach dem Pro-Kopf-Prinzip würde am Ende zu einer Reduzierung der Steuerfinanzierung führen – gut für einen Finanzminister, der sich am liebsten neben einer großen „schwarzen Null“ (aus Styropor) fotografieren lässt, schlecht für die Menschen.

Die Diskussion wieder einmal angestoßen zu haben ist verdienstvoll, über die Richtung wird es aber viel Auseinandersetzung geben müssen.

Thomas Trüper

Untadeliger Polizeibeamter mit Reichskriegsflagge

HAMBURG. Sich online eine Laserzielvorrückung zu bestellen, war dann doch ein etwas zu selbstsicherer Einfall eines 41-jährigen, in Hamburg in der Wache 24 tätigen Polizeibeamten. Die für seinen Wohnort in Schleswig-Holstein zuständigen Zollfahnder in Mölln fingen das ihnen verdächtig erscheinende Paket aus China ab – der Besitz eines derartigen Zusatzgerätes für Schusswaffen ist in Deutschland strafbar. Ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen das Waffenrecht wurde eingeleitet. Bei einer Hausdurchsuchung am 24. November fanden die Zollfahnder aber etliches mehr: 25 verbotene Arten von Munition, acht Waffen – darunter eine Pumpgun, ein Scharfschützengewehr, eine Maschinenpistole, Springmesser und Wurfsterne. Insgesamt „fast tausend Waffen, Waffenteile und Patronen“, wie Andreas Ulrich im „Spiegel“ vom 23. Januar enthüllte: Außerdem wurden Nazidevotionalien wie eine Hakenkreuz- und eine Reichskriegsflagge und Propagandamaterial der Neonationalisten gefunden – Zeitschriften und 14 Aufkleber, auf denen etwa neben einem Hakenkreuz steht: „Bin gleich zurück“.

Der zuständige Lübecker Oberstaatsanwalt Ralf Peter Anders widersprach der Darstellung des „Spiegel“ und wiegelte ab: „Es waren deutlich weniger als tausend Teile“. Anders findet die Funde offensichtlich nicht so dramatisch, behauptet gar: „Wir haben keine Hinweise auf Kontakte des Mannes zur rechten Szene“. Bis zur Veröffentlichung durch den „Spiegel“ und nachfolgend zahlreiche norddeutsche Medien ermittelte die Staatsanwaltschaft Lübeck dementsprechend gegen den Polizisten nicht wegen möglicher Nazipropagandadelikte. „Wir prüfen jetzt, ob auch hinsichtlich der Nazidevotionalien ein Straftatbestand

vorliegt“, so der Lübecker Oberstaatsanwalt Ralf Peter Anders. Wenn der Polizist die Nazisymbole aber nicht öffentlich gezeigt hätte, läge wohl kein Propagandadelikt vor. Und überhaupt: „Ein Großteil der Fundstücke ist strafrechtlich nicht relevant.“ Die Staatsanwaltschaft befand es bis zur öffentlichen Debatte auch nicht für nötig, die Hamburger Polizei über die Ermittlungen gegen einen ihrer Beamten zu informieren. „Der Umfang dieser Waffen ist uns nicht bekannt“, erklärte der Hamburger Polizeisprecher Holger Vehren überrascht nach den ersten Veröffentlichungen: „Das wollen wir mit der Staatsanwaltschaft Lübeck

aufhellen.“ Es wurde wohl recht schnell Licht, denn nur einen Tag später erklärte Hamburgs oberster Polizeisprecher Timo Zill: „Eine Suspendierung ist derzeit nach eingehender Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft nicht gerechtfertigt“. Disziplinarrechtliche Schritte würden gegebenenfalls nach einer Verurteilung erfolgen. Zill verkündete, die Polizeiführung habe „beschlossen, den Beamten mit sofortiger Wirkung in den Innendienst an einer anderen Dienststelle umzusetzen“. Um den Schaden für die Polizei Hamburg und für den Beamten selbst zu mindern. Es gelte weiter die Unschuldsvermutung, betonte er. Die Vorwürfe seien ernst, aber: „Bisher ist der Kollege völlig untadelig seinem Dienst nachgegangen.“ Dem entsprechend habe die Hamburger Polizei keine Hinweise darauf, dass der Beamte rechtes Gedankengut vertrete. So kann der 41-jährige, wenn er es zurück erhält, wohl wieder zuhause auf dem Sofa sein Koppelschloss mit Hakenkreuz und der Prägung „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen“ tragen. Und einen besinnlichen deutschen Feierabend unter seiner privaten Hakenkreuzfahne verbringen. *Gaston Kirsche*

Klage der VVN Regensburg gegen Verfassungsschutzbericht hat Erfolg

Wie bekannt diffamiert die bayerische CSU-Staatsregierung – im Gegensatz zur Bundesregierung und anderen Länderregierungen – die VVN als angeblich „linksextremistisch beeinflusst“ und nennt sie daher im bayerischen Verfassungsschutzbericht. Wie jetzt ein Prozess am Münchner Verwaltungsgericht, 22. Kammer, zeigte, ist es um den Wahrheitsgehalt von „Tatsachenbehauptungen“ des Landesamts für Verfassungsschutz nicht immer gut bestellt.

Im Verfassungsschutzbericht 2013 suchte das Innenministerium den angeblichen „Linksextremismus“ der VVN u. a. mit der folgenden absurden Behauptung zu belegen: „Am 30. November [2013] führte die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) einen Infostand in Regensburg durch, der von einer Funktionärin der Kreisvereinigung Regensburg der VVN-BdA geleitet wurde.“ Gegen diese wahrheitswidrige Passage hatte die Kreisvereinigung Regensburg der VVN mit ihrer Kreisvorsitzenden Luise Gutmann geklagt. Gutmann soll es, nach Aussage von Polizeibeamten, gewesen sein, die den Infostand leitete.

Die Beweisaufnahme vor Gericht zeigte dann, wie leicht man in einen Verfassungsschutzbericht geraten kann: Als Zeugen geladen war der MLPD-Vertreter, der den Infostand angemeldet hatte und zwei Polizisten, auf deren Bericht hin der Eintrag im Verfassungsschutzbericht vorgenommen worden war. Der MLPD-Mann bestätigte, Luise Gutmann zum fraglichen Zeitpunkt überhaupt nicht gekannt zu haben, geschweige denn habe sie den Stand seiner Partei geleitet.

Die beiden Zeugen der Polizei schilderten folgenden Vorgang: Ein Streifenbeamter habe den Infostand kontrolliert; bei diesem „ein-bis-zweiminütigen Kontakt“, sprich Kontrolle des Sondernutzungsbescheids wurden keine Personalien festgestellt. Einige Tage später habe ein Staatsschutzbeamter beim Streifenpolizisten nachgefragt und die Auskunft erhalten, eine „50 bis 60 Jahre alte Frau mit kurzen, grauen Haaren“ sei die Leiterin gewesen. Allein diese vage Personenbeschreibung ließ den Herrn vom Staatsschutz auf Luise Gutmann tippen. Er schickte ein Foto an den Streifenpolizisten bzw. man „googelte“ Fotos, das wusste der Zeuge nicht mehr genau. Ergebnis: Es sei „wohl“ diese Frau gewesen. Gegenüber gestellt mit Luise Gutmann meinte der Zeuge, die Frau käme ihm „irgendwie bekannt“ vor, er könne aber nicht mit Sicherheit sagen, sie sei die Dame am Stand gewesen. Der Vorfall sei ja zwei Jahre her. Der MLPD-Funktionär, erneut befragt, teilte noch mit, die Infostandleiterin könne seine Frau gewesen sein, die eine gewisse Ähnlichkeit mit Luise Gutmann habe. Bezeichnenderweise bezogen sich weder die polizeilichen Zeugen noch die Prozessvertreter des Freistaats auf den sog. IVS-Bericht vom 12.12.2013, einem Report der Polizei Regensburg, Staatsschutz, an den Verfassungsschutz, den

die Beklagten als Beweismittel vorgelegt hatten. In diesem IVS-Bericht hatte, im Widerspruch zu den Zeugenaussagen in der Verhandlung, gestanden: „Als Leiterin benannte sich (Hervorhebung G.H.) ggü. Beamten der PI Regensburg Süd die Regensburger Kreisvorsitzende der VVN-BdA, Luise Gutmann.“ Der Staatsschutzbericht meldete weiter, dass Luise Gutmann auch Infostände für den Bund für Geistesfreiheit, einem Verband von Konfessionslosen, anmelde. Was daran verwerflich sein soll, bleibt vorerst Geheimnis der Staatsschützer, denn dass Konfessionslose offiziell „extremistischer“ Umtriebe bezichtigt würden, ist selbst seitens der christlichen Regierungspartei noch nicht bekannt.

Gemeinsame Erklärung: Steag-Geschäftsentwicklung endlich transparent machen!

BOCHUM. Die Linke hält mehr Engagement der Steag in erneuerbaren Energien für dringend notwendig. Die Fraktionsvorsitzenden der Linken in den Räten Bochum, Dinslaken, Dortmund, Duisburg, Essen und Oberhausen sowie der RVR-Fraktion treten dafür ein, dass die Firmenpolitik der Steag in allen Räten zeitgleich und gleichermaßen transparent dargestellt wird. Alleingänge der Steag bei der strategischen Ausrichtung des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften müssen endlich unterbleiben. „Wie in Essen, Oberhausen und Bochum bereits geschehen, werden wir auch in den Räten Dinslaken, Duisburg und Dortmund für die Ablehnung des Einstiegs der Steag in das Braunkohlegeschäft von Vattenfall in Ostdeutschland eintreten. Es ist weder eine Aufgabe der Steag, noch der Ruhrgebietskommunen, denen die Steag gehört, den Ausstieg aus der Braunkohle in Ostdeutschland zu begleiten und dem schwedischen Konzern Vattenfall behilflich zu sein, sich aus der Verantwortung zur Beseitigung der Folgen des Braunkohleabbaus zu stehlen. Vattenfall selbst steht in der Verantwortung, einen Beitrag zur Verbesserung Klima-Bilanz zu leisten. Die Steag ihrerseits steht den Beschlüssen der Weltklimakonferenz in Paris mehr denn je in der Verantwortung, endlich den Bereich der Erneuerbaren Energien auszubauen. Wir erwarten seitens der Firmenleitung und des Landes NRW hier mehr Engagement und

Wolfgang Freye (RVR), Ralf-D. Lange (Bochum), Gerd Baßfeld (Dinslaken), Utz Kowalewski (Dortmund), Martina Ammann (Duisburg), Gabriele Giesecke (Essen), Yusuf Karacelik (Oberhausen). <http://www.dielinke-bochum.de>

Kurz und gut: Die Beweisaufnahme ergab, dass der beklagte Freistaat seine Behauptung, Luise Gutmann habe einen MLPD-Stand geleitet, nicht beweisen kann. Das Gericht legte den Prozessvertretern der Staatsregierung daher nahe, die Passage aus dem Verfassungsschutzbericht zu streichen. Die Richter wiesen nachdrücklich darauf hin, dass ein Urteil zuungunsten des Freistaats ausfallen würde. Daraufhin lenkten die Beklagten ein. Nachdem die Regierungsvertreter sich bereit erklärten „die streitgegenständliche Passage aus dem Verfassungsschutzbericht 2013 zu entfernen“ wurde das Verfahren eingestellt. Die Kosten des Verfahrens (Streitwert 5000 Euro) trägt der beklagte Freistaat.

In einem Einzelfall konnte somit dem Treiben der staatlich bestellten sog. „Verfassungsschützer“ Grenzen gesetzt werden. Nun ist es an der Zeit, dass die Nennung unserer Organisation im bayerischen Verfassungsschutzbericht beendet wird. Das Urteil macht Mut für die weitere juristische und vor allem politische Auseinandersetzung.

<http://bayern.vvn-bda.de>

schnellere Fortschritte beim Ausbau der Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr. Um den Prozess der strategischen Ausrichtung des Unternehmens begleiten zu können, muss die Geschäftsführung der Steag des Weiteren ihre Informationspolitik verbessern und die Möglichkeiten der Räte, sich an den Diskussionsprozessen zu beteiligen. Wichtige strategische Entscheidungen wie die Abgabe eines Angebots für den Braunkohlenabbau an Vattenfall, die ebenfalls erst über die Presse bekannt gewordene mögliche Übernahme von 18 Müllheizkraftwerken der EEW Energy from Waste GmbH, die Umstrukturierung der Tochtergesellschaft Power Minerals GmbH sowie die Aufnahme von Geschäften mit Katar gehören zuerst in die Organe der KSGB und in die Räte. Die Verletzung der Berichtspflichten der Steag-Gesellschaften, das Verhandeln hinter verschlossenen Türen und die damit verbundenen Alleingänge der Geschäftsführung müssen endlich beendet werden. Wir halten es für inakzeptabel, dass die Steag als regionaler Energieproduzent in Geschäfte investiert, die nicht nur wirtschaftlich riskant sind, sondern auch umweltpolitisch nicht vertretbar. Die Fraktionen Die Linke fordern die Steag deshalb auf, ihre möglichen Angebote zum Erwerb der Braunkohlensparte von Vattenfall in Ostdeutschland und zum Erwerb der Müllheizkraftwerken der EEW Energy from Waste GmbH zurück zu ziehen.“

Energiebeirat: Senat tut nur, was er unbedingt tun muss:

HAMBURG. Umweltse-nator Jens Kerstan (Grüne) hat heute die Gründung eines Netzbeirats verkündet. Damit bekommt Ham-burg ein Beteiligungsgremium, mit dem Diskussionen um die Gestaltung der Energiewende auf eine breitere Basis gestellt werden können. „Das ist zwar mehr, als die Hansestadt bisher hatte“, erklärt dazu Stephan Jersch, energie- und umweltpolitischer Spre-cher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Die Umsetzung der demokratischen Be-teiligung, ein zentraler Bestandteil des Volksentscheids zum Rückkauf der Energienetze, verlangt aber mehr. Aber der Senat tut wie so oft nicht mehr, als er unbedingt muss.“ Statt dem Beirat Durchsetzungskraft und Mitbestimmungsrechte zu sichern, ziehe sich Rot-Grün auf gesellschafts-rechtliche Bedenken und Geschäfts-geheimnisse zurück und verweigere Berichts- und Mitbestimmungsrech-te, die eine wirkliche demokratische Kontrolle ermöglichen. Die jetzige übereilte Gründung sei offensichtlich der völlig unklaren Situation beim KHK Wedel geschuldet, vermutet der Umweltpolitiker: „Kerstan möch-te möglichst sofort den bestehenden fachkundigen Arbeitskreis zum The-ma Wedel-Nachfolge durch einen sich erst noch finden müssenden Beirat ersetzen, um den Widerstand gegen viele unsinnige Ansätze frühzeitig zu brechen. Die Linke wird weiter darauf hinwirken, den Senat auf sei-ne eigenen klimapolitischen Ziel zu verpflichten und das bedeutet, dass es kein Nachfolgekraftwerk in Wedel geben wird!“ www.die-linke-hamburg.de

„Kosten der Unterkunft“ – Linke & Piraten finden Unterstützung bei Fachleuten aus der Stadtverwaltung: DORTMUND. Sehr zufrieden ist die Fraktion Die Linke & Piraten nach dem Fachgespräch über wohnungspo-litische Positionen in Dortmund. „Die Experten von Wohnungs- und Sozial-amt sind – ebenso wie der Mieterverein und wir – der Ansicht, dass bei den „Kosten der Unterkunft“ unbedingt nachgebessert werden muss“, sagt Utz Kowalewski, Vorsitzender der Faktion Die Linke & Piraten. „Nun müssen nur noch die Politik und der Verwal-tungsvorstand mitziehen.“ Auf Ein-ladung des Mietervereins hatten sich Experten, Politiker und Vertreter des Wohnungs- und Sozialamtes in der vergangenen Woche zu diesem Fach-gespräch zusammengefunden. Disku-tiert wurde auch über die so genannte Angemessenheitsgrenze. Diese legt die maximale Obergrenze der „Kosten

der Unterkunft“ fest, die Hilfebezie-her für ihre sozial geförderte Wohnung erhalten. Höhere Mietpreise gelten als „nicht angemessen“; schon die Sanie-rung einer lange bewohnten Wohnung und eine damit verbundene Mieterhö-hung können deshalb zum Problem für die Mieter werden. Utz Kowalew-ski: „Die Obergrenze liegt in Dort-mund beispielsweise bei 4,86 Euro/qm netto für eine größere Wohnung. Das entspricht – trotz Mietpreisbindung – einfach nicht mehr den Mietpreisen, die für sanierte oder neu gebaute So-zialwohnungen verlangt werden dür-fen.“ Die Fraktion Die Linke & Piraten hatte schon vor dem Fachgespräch im Ausschuss für Umwelt, Stadtgestal-tung und Wohnen (10. Februar) einen Antrag eingebracht. Die Forderung: Die Richtlinien in der Stadt Dortmund für die „Kosten der Unterkunft“ müs-sen angepasst und die „Angemessen-heitsgrenze“ für Sozialwohnungen abgeschafft werden. Dass es dafür nun von den Fachleuten aus der Stadtver-waltung für eine solche Forderung Rückenwind gibt, macht Utz Kowa-lewski Hoffnung. „Es macht ja auch keinen Sinn, Wohnungen mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung neu zu bauen oder zu sanieren, die dann von Menschen im Transferleistungs-bezug gar nicht angemietet werden können“, sagt Kowalewski. Die Frak-tion Die Linke & Piraten folgt des-halb dem Mieterverein Dortmund, der eine einfache Lösung nach Hamburger Vorbild vorschlägt. Dort gilt jede Woh-nung, die nach den Förder-Richtlinien des Landes mit Mietpreisbindung neu gebaut oder saniert wurde, als ange-messen. www.dielinke-dortmund.de

Ausgehandelte Messe-Vereinbarung ginge auf Kosten der Stadt! Für eine öffentliche Debatte! KÖLN. Der Kölner Rat hat in seiner Sitzung am 2.2. die Vergleichsvereinbarung über die Mes-sehallen Nord vertagt. Zu groß waren die Zweifel, ob die ausgehandelte Ver-einbarung tatsächlich im Interesse der Stadt Köln wäre. Die Vertagung war einer von drei Punkten eines gemein-samen Ersetzungsantrages, den Die Linke, die Piraten, Deine Freunde und die Freien Wähler Köln zur Ratssit-zung eingebracht hatten. Die weiteren Punkte des Antrages bleiben bestehen: Es darf keine Entschädigung der Stadt an den Oppenheim-Esch-Fonds dafür geben, dass diesem aufgrund des Eu-GH-Urteils Mietzahlungen entgehen und höhere Steuern anfallen! Die Ver-gleichsvereinbarung sieht hierfür 57,2 Mio. Euro vor. Das Vertragskonstrukt zwischen Stadt Köln, der KölnMesse und dem Oppenheim-Esch-Fonds über den Bau der Messehallen Nord muss endlich rückabgewickelt wer-

den! Das Beihilfeverfahren der Euro-päischen Kommission und das Urteil des Europäischen Gerichtshofes eröff-nen dazu alle Möglichkeiten. Bislang wird jedoch eine Rückabwicklung seitens der Stadtverwaltung nicht ernsthaft geprüft. Ohne eine Rückab-wicklung bleibt der Fonds Eigentümer des Messeareals und kann mit dem Auslaufen des Mietvertrages im Jahr 2035 die KölnMesse und die Stadt Köln erheblich unter Druck setzen. Die Lin-ke, die Piraten, Deine Freunde und die Freien Wähler Köln sind sich einig: Es darf nicht dazu kommen, dass sich CDU, Grüne, FDP und die SPD ohne öffentliche Debatte auf eine Verein-barung über die Messehallen Nord einigen und diese dann im nichtöffent-lichen Teil der nächsten Ratssitzung durchwinken. Intransparenz hat die Stadt Köln vor dreizehn Jahren in diese Lage gebracht. Diesmal muss es anders laufen: Alle relevanten Un-terlagen müssen öffentlich gemacht werden. www.linksfraktion-koeln.de

Kein Neuland mehr: Linksfraktion kri-tisiert schleppenden Ausbau des freien WLANs. BONN. Die Linksfraktion im Rat der Stadt Bonn begrüßt, dass die Verwaltung in einer Beschlussvorlage zum Hauptausschuss vorschlägt, für den Ausbau von WLAN-Netzen in Flüchtlingseinrichtungen einen Bet-rag von 15 000 Euro zur Verfügung zu stellen. Aus Sicht der Linksfraktion verläuft der Aufbau eines stadtwei-ten kostenlosen WLAN-Netzes an-sonsten aber viel zu schleppend. Mit einem Änderungsantrag fordern wir daher konkrete Unterstützungsmaß-nahmen für das „Freifunk“-Projekt. Die Beschlussvorlage für den Haupt-ausschuss am kommenden Donnerst-ag geht zurück auf einen Antrag der Linksfraktion, der bereits im April 2015 im Wirtschaftsausschuss behan-delt wurde. Das Thema ist nach einer Anfrageder Linksfraktionsogarschon seit 2013 Diskussionsgegenstand in den städtischen Gremien. Spürbare Fort-schritte konnten seitdem aber nicht erzielt werden. „Mehrere Pilotphasen liegen jetzt hinter uns. Es gibt be-reits seit Jahren Erfahrungen mit dem problemlosen Betrieb von Freifunk-Routern – auch in städtischen Liegen-schaften. Freies WLAN ist also auch für die Stadtverwaltung kein Neuland mehr. Es reicht daher nicht, wenn die Verwaltung sich jetzt durch Beschluss nur dazu ermächtigen lassen will, mit den Freifunk-Initiatoren weiter zu „verhandeln“. Jetzt sind vielmehr konkrete Schritte überfällig“, so Dr. Michael Faber, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion Bonn.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Jugendbeirat für die Stadt Hannover! Die Linksfraktion fordert den Rat der Landeshauptstadt auf, als Ergänzung zum bereits bestehenden Seniorenbeirat auch einen Jugendbeirat einzurichten. Der Jugendbeirat soll von allen Jugendlichen der Stadt zwischen 14 und 24 Jahren gewählt werden können. Er kann Anträge an den Rat und seine Ausschüsse sowie Anfragen oder Stellungnahmen an die Verwaltung richten, wenn Belange von Kindern und Jugendlichen betroffen sind. „Immer wieder hören wir die Klagen über Politikverdrossenheit oder mangelndes politisches Interesse. Viele meinen, dass einfach über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir gerade jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich selbst an demokratischen Diskussionen und Entscheidungen zu beteiligen“, betont der Fraktionsvorsitzende Oliver Förste. „So können sie nicht nur selbst direkten Einfluss auf ihre eigenen Belange nehmen, sondern auch lernen, sich in den demokratischen Institutionen zu bewegen und durchzusetzen.“ „Warum sollen für Jugendliche nicht dieselben Rechte gelten, wie für Seniorinnen und Senioren?“, fragt die jugendpolitische Sprecherin Gunda Pollok-Jabbi.

www.linksfraktion-hannover.de

Städtetag begrüßt Beschluss des Bundeskabinetts zum „Asylpaket II“: Statement der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Ludwigshafen. „Es ist gut, dass das Bundeskabinett heute das so genannte Asylpaket II beschlossen hat. Die Städte sehen darin einen Beitrag, die Zuwanderung nach Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Familiennachzugs besser zu steuern und zu reduzieren. Das ist zusammen mit früheren Entscheidungen und den Anstrengungen des Bundes in der EU und auf internationaler Ebene wichtig, weil die Kommunen vielfach an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen. Es wird den Kommunen helfen, wenn es zentrale Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber mit geringer Aussicht auf Anerkennung gibt, wenn die Verfahren für diese Menschen verkürzt und schon in diesen Einrichtungen in den Ländern abgeschlossen werden und wenn es unmittelbare Rückführungen aus diesen Einrichtungen heraus gibt. Die Städte erwarten nun, dass nach den langen Diskussionen über das Asylpaket II die Gesetzesänderungen im Parlament rasch verabschiedet und dann zügig in die Praxis umgesetzt werden. Im Übrigen muss erreicht werden, dass die Länder den

Kommunen nur noch Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zuweisen.“

www.staedtetag.de

Rechtsvereinfachung im Sozialgesetzbuch II – ein Schritt in die richtige Richtung: BERLIN. Der Deutsche Städtetag begrüßt, dass Bund und Länder die Leistungen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und ihre Familien einfacher regeln wollen. Ziel der heute im Bundeskabinett bestätigten Einigung auf eine Reihe von Vorschlägen sei es, den bürokratischen Aufwand in den Jobcentern zu reduzieren und Klagen vor Gericht zu vermeiden, betonte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen: „Die jetzt vorgeschlagenen Änderungen im Sozialgesetzbuch II sind dringend nötig und helfen, das Recht für Langzeitarbeitslose zu vereinfachen und verständlicher zu regeln. Allerdings reichen die Vorschläge noch nicht weit genug. Die Kommunen drängen seit langem auf umfangreichere Änderungen zum angemessenen Wohnraum, damit die Kommunen mehr Spielraum bekommen, um die unterschiedlichen Gegebenheiten des lokalen Wohnungsmarktes besser berücksichtigen zu können.“ Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe hatte seit 2013 eine Liste mit Maßnahmen zum Leistungsrecht im Sozialgesetzbuch II erarbeitet, an der der Deutsche Städtetag beteiligt war und wofür er umfangreiche Vorschläge eingebracht hat. Die Liste der Konsens-Vorschläge war Grundlage für den jetzt vorgelegten Gesetzentwurf. Sinnvoll ist nach Auffassung der Städte beispielsweise, dass die Leistungsbescheide für Arbeitslosengeld II und Unterkunftskosten künftig ein Jahr gelten sollen und nicht nur sechs Monate, so dass sich die Zahl der Anträge und Bescheide verringern werde. Der Deutsche Städtetag hat sich auch dafür eingesetzt, dass die mit hohem Verwaltungsaufwand verbundene Berechnung der Leistungen für Unterkunft und Heizung vereinfacht wird. „Es ist zielführend, dass es künftig möglich ist, eine Höchstgrenze für die gesamten Wohnkosten für Miete und Heizung in einer Bruttowarmmiete festzulegen. Bislang muss separat berechnet werden, welche Kaltmiete und welche Heizungskosten angemessen sind. Allerdings sollten den Kommunen weitere Vereinfachungen ermöglicht werden. Da hoffen wir auf das Gesetzgebungsverfahren“, sagte Lohse abschließend.

www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj



Lektürebericht:

Tarifpolitik im Europa des 21. Jahrhunderts

Eurofound (2015), Collective bargaining in Europe in the 21st century, Publications office of the European Union, Luxemburg.

Autoren Eckhard Voss, Katharina Schöneberg und Ricardo Rodriguez Contreras¹

Die europäische Agentur Eurofound, die sich vor allem mit Untersuchungen zur europäischen Sozial- und Arbeitspolitik beschäftigt, veröffentlichte Ende 2015 eine Studie zur Entwicklung in der Tarifpolitik seit 1997. Ziel war es, langfristige Entwicklungen zu ermitteln und einzuschätzen, um Prognosen für die kommenden Jahre zu treffen. Die Lohnentwicklung wurde hierbei ausgespart, da diese bereits in anderen Eurofoundstudien behandelt wurde. Stattdessen wurden unter anderem die Tarifverhandlungsprozesse untersucht sowie die nichtlohnbezogenen Inhalte der Tarifpolitik.

Die Studie untersuchte unter anderem die Entwicklung von tripartiten Sozialabkommen, die zwischen Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Regierungsvertretern geschlossen werden. Zu Beginn des Untersuchungszeitraumes in den 1990er Jahren wurden tripartite Abkommen erstmals in Ländern wie Irland, Italien, Portugal und Spanien geschlossen, wo diese zuvor unüblich waren. Bis in die 2000er Jahre hinein entstanden tripartite Strukturen ebenfalls in Mittel- und Osteuropa mit aktiver Unterstützung europäischer Institutionen. Mittlerweile hat sich dieser Trend aber umgekehrt, und politisches Misstrauen gegenüber Arbeitgeberverbänden und

Gewerkschaften hat zu einer Schwächung dieser Strukturen in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern geführt.

Inhaltlich vollzog sich ebenfalls ein Wandel. In den 1970er Jahren waren Themen wie wirtschaftliche Anpassung, Preisstabilität, Einkommenssteigerungen und der soziale Zusammenhalt maßgebend. Aber bereits seit den 1980er zeichnen sich andere Schwerpunkte ab, die sich vor allem mit Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit sowie Beschäftigungs- und Sozialreformen beschäftigten. Zusätzlich spielten tripartite Konsultationen und Abkommen seit 2008 eine wichtige Rolle darin, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzumildern. Die Studie bezeichnet diese Form der tripartiten Zusammenarbeit als „Krisenkooperatismus“. Jedoch ist festzustellen, dass die Rolle tripartiter Strukturen im Rahmen der Krise ausgerechnet in den am schwersten betroffenen Ländern geschwächt wurden.

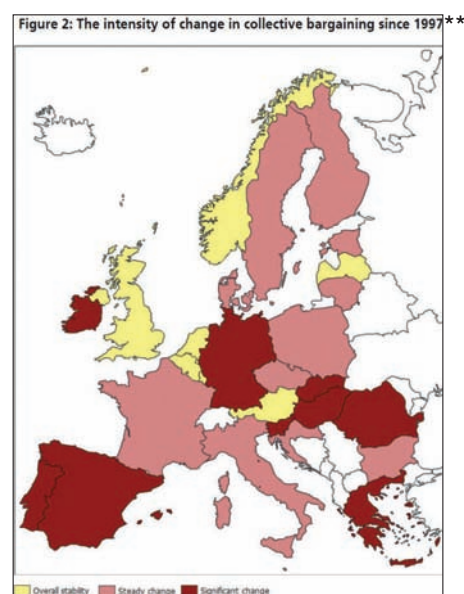
Eine Untersuchung der legislativen Änderungen, die die Tarifpolitik angingen, ergab, dass die meisten Maßnahmen vor 2008 getroffen wurden und diese in der Regel auf eine Stärkung der Tarifverhandlungen und -bindung abzielten, beispielsweise durch bessere rechtliche Klarheit. Die Mehrzahl der Änderungen nach 2008 trug demgegenüber oft zur Schwächung der Tarifpolitik bei, insbesondere in einigen Ländern wie Griechenland, Portugal, Rumänien und Ungarn. Im Zuge dieser Reformen kam es in Rumänien beispielsweise dazu, dass Tarifverträge fast nur noch auf Betriebsebene ausgehandelt werden können, branchenweite Tarifabschlüsse sind dort kaum noch möglich. Jedoch gab es auch nach 2008 positive Entwicklungen wie in Frankreich, wo 2013 ein neues Gesetz zur Arbeitnehmervertretung in Aufsichtsräten verabschiedet wurde.

Ein langläufiger Trend in der Tarifpolitik scheint sich in den Abweichungen von tariflichen Vereinbarungen niederzuschlagen. Betriebliche Abweichungen von nationalen oder Branchentarifabkommen werden damit begünstigt, dass sie es Unternehmen erlauben, schwierige Zeiten ohne Massenentlassungen zu überstehen. Aus gewerkschaftlicher Sicht sind solche Abweichungen jedoch bedenklich, insbesondere wenn sie unkoordiniert und ungeregt erfolgen. Erfahrungen mit sogenannten „opt-outs“, in denen Arbeitgeber eigenmächtig von Tarifverträgen abweichen können, zeigt, wie wichtig eine angemessene Rahmensetzung ist, um den Regulierungseffekt von tariflichen Vereinbarungen nicht zu unterminieren. Um dies zu gewährleisten, ist es in zahlreichen Ländern

gängige Praxis, die Voraussetzungen für mögliche Ausnahmen und Abweichungen bereits im Tarifvertrag festzuhalten.

Im Ganzen betrachtet stellen diese Abweichungen jedoch nur einen Teil einer weiteren Entwicklung dar, die sich dadurch zeigt, dass betriebliche Tarifvereinbarungen gegenüber branchenübergreifenden und branchenweiten Verträgen an Bedeutung gewinnen. In Folge dessen befindet sich die Tariflandschaft in Europa in erheblichem Wandel und ist nicht nur dezentralisierter, sondern auch wesentlich unübersichtlicher geworden.

Mechanismen zur Koordinierung der verschiedenen Verhandlungsebenen konnten aber nicht mit dieser Entwicklung mithalten und haben sich in einigen Ländern sogar verschlechtert. Unter Koordinierung verstehen die Autoren die Gültigkeit von Normen, die auf höherer Ebene vereinbart wurden und für eine Kontrolle der zentra-



len Sozialpartnerorganisationen über niedrigere Verhandlungsebenen sorgen können.

Eine weitere Entwicklung vollzog sich seit 2000 bei den Inhalten der Tarifabkommen, und die Autoren stellen fest, dass Tarifverhandlungen ein breiteres Themenspektrum behandeln, die sie in drei Kategorien unterteilen: 1. Wirtschaftliche Themen; 2. Beschäftigungsthemen und 3. Arbeitsplatzthemen.

Diese Themenbereiche spiegeln die zahlreichen Aspekte gesellschaftlichen Wandels wieder, mit denen sich Beschäftigte und Arbeitgeber konfrontiert sehen. Unter den wirtschaftlichen Themen befinden sich unter anderem Wettbewerbsfähigkeit, Restrukturierungen, Outsourcing, Leiharbeit, Subunternehmen und der demografische Wandel. Beschäftigungsthemen beinhalten Frührente und Pensionen, In-

tegration, Geschlechtergleichstellung, Karriereentwicklung und Gewinnbeteiligungsmodelle. Desweiteren widmen sich Arbeitsplatzthemen beispielsweise Aus- und Weiterbildung, Arbeitsorganisation, neuen Beschäftigungsformen, Arbeitsbedingungen, Work-Life Balance und dem Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Auch wenn es positive Entwicklungen gibt, sehen die Autoren mehrere Herausforderungen für die Zukunft. In Mittel-, Ost- und Südeuropa bestehen diese vor allem in der sinkenden Zahl tariflich gebundener Beschäftigter. Diese Problematik wird noch durch die sinkende Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer verschärft. Desweiteren spricht das derzeitige politische Klima in vielen Ländern dafür, dass neue gesetzgeberische Maßnahmen die Machtverhältnisse weiter zu Gunsten der Arbeitgeberseite verschieben könnten, wie es vielerorts bereits seit 2008 der Fall ist. Aber auch Nord- und Westeuropa stehen vor neuen Herausforderungen durch die zunehmende Zahl von Ausnahmen und die Dezentralisierung der Tarifpolitik.

Insgesamt zeichnet sich eine wachsende Divergenz in der europäischen Tariflandschaft sowohl innerhalb als auch zwischen Ländern ab. Besondere Besorgnis erweckt hier vor allen Dingen die Kluft zwischen Ländern mit stabilen Strukturen und solchen die ihren tarifpolitischen Abwärtstrend weiter fortsetzen werden. Gerade in Mittel- und Osteuropa sind Gewerkschaften kaum in den Betrieben präsent, was ihre Tariffähigkeit schwer beeinträchtigt. In solchen Fällen stellen tripartite Strukturen oft die einzige Einflussmöglichkeit für Gewerkschaften dar. Jedoch bleibt die Wirkung auch dann gering, falls Arbeitnehmerverbände nicht über eine ausreichende Mitgliederzahl verfügen oder der politische Wille fehlt.

Versuche einer europäischen Tarifkoordination halfen bisher auch nicht, eine Divergenz zwischen den Mitgliedstaaten abzubauen. Tatsächlich klaffen die Tarifverhandlungssysteme inzwischen so weit auseinander, dass eine Koordination vor allem mit Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa kaum noch möglich ist. Zusätzlich fördert die Europäische Kommission die Verhandlungsebene Betrieb bzw. transnationale Unternehmensvereinbarungen nach Kräften, teils ausdrücklich, um Flächentarifstrukturen zu ersetzen. Für die europäische Gewerkschaftsbewegung stellt sich daher die Herausforderung, Schritt zu halten und neue Strategien zu entwickeln, um besser auf die beschriebenen Entwicklungen reagieren zu können.

Stephen Schindler

Arbeitsmarkt: IG Metall fordert Integrationsjahr

Die möglichst frühe Einbindung geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt gehört neben einer vernünftigen Unterbringung zu den drängendsten Aufgaben einer erfolgreichen Inklusionspolitik. Wir dokumentieren im Folgenden die Forderung der IG Metall nach einem Integrationsjahr für Geflüchtete.

Hilfe muss allen offen stehen

Die IG Metall will Geflüchtete möglichst schnell integrieren. Sie fordert ein Integrationsjahr für Flüchtlinge, Langzeitarbeitslose und junge Menschen ohne Abschluss. Damit sie möglichst schnell auf dem Arbeitsmarkt integriert werden, sind passgenaue Modelle für die verschiedenen Lebensumstände notwendig ...

Die IG Metall will Arbeit und Lernen verbinden und fordert ein betriebliches Integrationsjahr. Es soll Geflüchteten ein finanziell selbstständiges Leben ermöglichen und ihnen trotzdem Zeit geben, die Sprache zu lernen und mehr über ihre neue Heimat zu erfahren. Bereits heute bereiten Integrationskurse Geflüchtete auf den Arbeitsmarkt vor. Die Kurse finden in der Regel vormittags und halbtags statt. Für die Betroffenen heißt das: Sie müssen erst einmal die Schulbank drücken und Vokabeln lernen. Und es heißt auch: Sie können kein Geld für den eigenen Lebensunterhalt verdienen.

Eine Alternative dazu wäre etwa ein Vier-plus-eins-Modell vor: vier Tage arbeiten und einen Tag lernen. Die Integrationskurse müssten dazu auf ein

Jahr gestreckt und Geflüchtete statt täglich halbtags, einmal pro Woche ganztags zum Unterricht gehen. Damit Betriebe auf dieser Basis Geflüchtete beschäftigen, könnten sie durch Eingliederungszuschüsse nach Sozialgesetzbuch III unterstützt werden.

Ein solches Integrationsjahr soll anerkannten Geflüchteten, aber auch Langzeitarbeitslosen oder jungen Menschen ohne Abschluss eine Brücke in den Job bauen. Für den Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann, gilt: „Gleiche Ansprüche für alle, die unsere gesellschaftliche Unterstützung brauchen.“ Gleiche Ansprüche heißt aus Sicht der IG Metall allerdings nicht, dass alle das gleiche Programm bekommen. „Wir brauchen passgenaue Modelle für die verschiedenen Lebensumstände“, sagt Hofmann.

Die IG Metall will Geflüchtete möglichst schnell integrieren. Sie will aber keine Lohnkonkurrenz zu anderen Arbeitssuchenden schaffen. Deshalb müssen auch Geflüchtete nach Tarif bezahlt werden und Beiträge in die Sozialversicherungen zahlen. Eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eröffnet ihnen nach einem Jahr

den Zugang zu weiteren Förderprogrammen, zum Beispiel zu WeGebau. Damit fördern die Arbeitsagenturen bereits heute gering qualifizierte und ältere Beschäftigte, die einen Berufsabschluss machen und sich weiterbilden wollen.

Jungen Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, bieten IG Metall und Arbeitgeber in vielen Tarifgebieten bereits ein Förderjahr, um Sprachkenntnisse oder Schulabschlüsse zu erwerben und so den Sprung in eine Ausbildung zu schaffen. Diese Einstiegsqualifizierung wird ebenfalls von der Arbeitsagentur bezuschusst.

Angeichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt sieht der Erste Vorsitzende der IG Metall gute Chancen, dass die Integration auf diesem Weg gelingt. „Angesichts 43 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland, sind 380 000 Menschen, die 2016 zusätzlich auf den Arbeitsmarkt kommen, eine überschaubare Zahl“, sagt Hofmann. Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 700 000 neue Stellen geschaffen.

Er appelliert an die Arbeitgeber nicht ständig über Fachkräftemangel zu jammern, sondern jungen Menschen eine Chance zu geben – egal ob Geflüchtete oder bereits in Deutschland Lebende. „Das deutsche Handwerk zählt 584 000 Betriebe“, sagt Hofmann. „Gäbe es in jedem zweiten Handwerksbetrieb nur einen Integrationsplatz, so hätte das Handwerk gute Chancen, dem Fachkräftemangel zu begegnen.“

www.igm.de

BDI-Präsident begrüßt Ende der Iran-Sanktionen. Pressemitteilung BDI, Sa., 16.1.16. – „Wir halten in den kommenden fünf Jahren eine Verdoppelung der Ausfuhren von derzeit rund 2,4 Milliarden Euro für realistisch“, sagte BDI-Präsident U. Grillo. „Ich appelliere an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder der Golfregion, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Befriedung zu schaffen“, unterstrich Grillo. „Im Iran ist der Nachholbedarf bei der Modernisierung der Industrie-Infrastruktur außerordentlich groß.“ Insbesondere die Modernisierung der Ölindustrie eröffne dem deutschen Maschinen- und Anlagenbau große Marktchancen. Weitere Gelegenheiten für die Industrie bieten sich dem BDI zufolge etwa im Automobilbau, in der chemischen Industrie, der Gesundheitswirtschaft, im Ausbau erneuerbarer Energien, in der Abfallwirtschaft oder der Baustoffindustrie. www.bdi.eu.

Deutsche Flughäfen begrüßen internationale Regelungen zum Klimaschutz. Presseerklärung des ADV, Mo., 11.2.16 – Für Flugzeugesolles erstmals

Obergrenzen für die CO₂-Emissionen geben. Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) will weltweit geltende Grenzen festlegen. Die deutschen Flughäfen unterstützen diesen richtigen Vorschlag. Die Bemühungen für den Klimaschutz müssen auf internationaler Ebene ansetzen. Wettbewerbsverzerrungen sind sonst unvermeidlich. Auch in Zukunft werden die deutschen Flughäfen mit hohem Engagement an Lösungen zur CO₂-Reduktion arbeiten.

Die Agenda der Flughäfen: kompletter Austausch der Vorfeldbeleuchtung gegen stromsparende LEDs, Einsatz erneuerbarer Energien und hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung, Einsatz emissionsfreier Elektrofahrzeuge auf dem Vorfeld. Emissionsabhängige Start- und Landeentgelte setzen den Airlines geldwerte Anreize für den Einsatz der saubersten Flugzeuge. www.adv.aero.

„Allianz für Weltoffenheit“ gegründet – Die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ appelliert

angesichts der aktuellen Herausforderungen, demokratische Grundwerte und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren sowie Hass und Intoleranz entschieden entgegenzutreten. www.allianz-fuer-weltoffenheit.de. Mitglieder: BDA, Dt. Bischofskonferenz, Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, DGB, Zentralrat der Juden in Deutschland, Dt. Kulturrat, Koordinationsrat der Muslime, Dt. Naturschutzring, Dt. Olympischer Sportbund sowie BA der Freien Wohlfahrtspflege. BDA-Präsident I. Kramer www.bagfw.de sagt: „Menschen, die nach Europa flüchten, weil sie in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht sind, müssen hier Zuflucht erhalten. Das ist aber nur möglich, wenn Jene, die nicht von Verfolgung und Gewalt bedroht sind, in ihre Heimatstaaten zurückgeführt werden. Asylsuchende mit Bleibeperspektive müssen ihren Beitrag leisten ... Sie müssen die grundlegenden Werte und Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens uneingeschränkt anerkennen.“

Zusammenstellung: Rosi Steffens

**Wirtschafts-
presse**

Zur AfD in Baden-Württemberg

„Wer Grün-Rot verhindern will, muss AfD wählen“, so Prof. Meuthen, Spitzenkandidat der AfD in Baden-Württemberg in seiner Rede auf dem Wahlparteitag am 31. Oktober 2015 (Zitat sinngemäß aus dieser Rede). „Hinter vorgehaltener Hand sagen mir zahlreiche CDU-Mitglieder, dass sie uns wählen und dass sie auf eine hohe Prozentzahl für uns hoffen – noch würden sie allerdings in der CDU Mitglied bleiben“, ergänzt er sein wahltaktisches Kalkül. Welches auch aufzugehen scheint, glaubt man den aktuellen Prognosen mit mehr als 10% für die AfD.

Dass der bieder daher kommende und die AfD als „konservativ-liberal-bürgerlich“ bezeichnende Meuthen neben Frauke Petry Bundessprecher der AfD ist, schmeichelt der Seele der Anhänger, wird aber nach außen hin eher randständig kund getan. Es ist Meuthens Balanceakt, die AfD in Baden-Württemberg als „eigentlichen Kern“ der CDU zu präsentieren und damit Anhänger des nicht modernen Konservatismus anzusprechen und gleichzeitig Repräsentant eines eben von auch

Konservativen abgelehnten Version einer völkischen Partei zu sein.¹

Im Dezember führten Studenten der Karlsruher Hochschule für Wirtschaft und Technik eine Podiumsdiskussion mit Vertretern von CDU, SPD, FDP, Linke und eben auch AfD durch. Die Fragen waren eng an landespolitische Themen geknüpft. Meuthen, ganz der joviale und auf Diskurs ausgerichtete und sachlich überlegen auftretende Gesprächspartner hat sich nur durch das AfD-Mantra als der „verunglimpften und verleumdeten und von der Antifa mit faschistischen Methoden angegriffenen“ Partei etwas Aufmerksamkeit verschaffen können. Meuthens zurechtgezimmerter und hingebogener Bestätigungsargumente zu Kriminalstatistik, angeblichen Verstöße gegen die Einwanderungspolitik wurden von den anderen Teilnehmern der Podiumsdiskussion mehr oder weniger direkt widerlegt.

Die AfD befindet sich – jedenfalls sieht es so aus – im Moment weder straf- noch verfassungsrechtlich außerhalb des Parteiengesetzes. Ihre Positionen

werden von vielen als unerträglich und unerträglich populistisch empfunden. Unerträglich ist die Unterstützung, die diese Partei von der örtlichen Presse, den „Badischen Neuesten Nachrichten“ mit ihrem großen Verbreitungsgebiet in Karlsruhe und dem dazugehörenden ländlichen Raum bis nach Achern im Süden, Pforzheim im Osten und Bretten/Bruchsal im Nordwesten, erfährt. Angefangen hatte es mit der Ausladung einer AfD-Veranstaltung aus der Vereinsgaststätte des Karlsruher Zweitbundesligacclubs KSC. Leserbrief- und Artikelserien unterstützten unverhohlen das Bild vom verfolgten Träger der Wahrheit. „Weil wir Recht haben, bekämpfen uns die anderen“, wie das Meuthen in seiner Videobotschaft Februar 2016 ausdrückte und was auf den Punkt bringt, wie sich die AfD in diesem Wahlkampf Anhängerschaft erzeugen will. Das Signal wird denn auch verstanden von diversen Akteuren, die nicht unbedingt die Verbindung zur AfD als Partei ziehen, aber die Errungenschaften politischer Zivilisation in ähnlicher Weise aushebeln möchten. Da sehen „Russlanddeutsche“ plötzlich eine besondere Bedrohung durch die „neu in Deutschland ankommenden Flüchtlinge“. In Lahr z.B., das vor 20 Jahren bei einer Einwohnerzahl von 44 000 mit der Integration von 9 000 sogenannten Spätaussiedlern fertig werden musste und dies geschafft hat, war ein Flashmob für Russlanddeutsche organisiert worden (ca. 350 Menschen sind dem Aufruf gefolgt), und nur durch das sofortige Auftreten des Oberbürgermeisters: „Kommen Sie wieder runter auf Normaltemperatur“ hat sich das ganze beruhigt. In ganz Baden-Württemberg sind – laut FAZ vom 10.2.16 – „3000 Russlanddeutsche gegen ‚Ausländergewalt‘ auf die Straßen“ gegangen.

Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den von der AfD im Parteiprogramm und in ihrem gesamten Auftreten formulierten Aufruf zur Aufkündigung gesellschaftlichen Konsenses in den verschiedensten Bereichen wird mit dem Ende dieses Landtagswahlkampfes nicht zu Ende sein. Bevor es die AfD als Partei gab, existierten Strömungen, die jetzt in der AfD ein politisches Dach suchen. Liane Bednarz hat in ihrem Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 31. Januar auf die Verbindungen zwischen AfD und religiös definierten Vereinigungen hingewiesen – in Baden-Württemberg noch gut in Erinnerung: die Kampagne gegen die Neuordnung des Sexualkundeunterrichts, die sich die AfD zu eigen gemacht hat. Bednarz berichtet auch vom Zusammenwirken von „Christdemokraten für das Leben“ und „Christen in der AfD“, das zur „Schließung der landesgrößten Abtreibungsklinik“

Anmerkungen

- 1 In der FAS vom 31.1.2016 wird Meuthen als „der letzte Ökonom an der AfD-Spitze“ seit der Spaltung mit „großem Verständnis“ für die Wortmeldungen der „Rechtsaußen-Fraktion“. Ehemalige AfD-Politiker, die zu Alfa gewechselt sind, wundern sich über Meuthen, der an der Hochschule in Kehl als angestellter Professor u.a. künftige Bürgermeister unterrichtet und an verschiedenen Verwaltungsakademien – zum Beispiel in Freiburg am Steinbeis-Transfer-Institut; oder in Karlsruhe an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Baden als Dozent tätig ist oder gewesen ist.
- 2 Es ist eindrucksvoll, wie Meuthen in der Rede vom 31.10.2016 alle Parteien durchhechelt; die Linke übrigens nicht, die er für nicht erwähnenswert erklärt. Zusammengefasst: „SPD: kein Kernklientel der AfD. Nimmt nicht mehr die Interessen der weniger Begünstigten ernst. FDP: – hoffentlich nicht mehr in den Landtag! Vertreter einseitiger Lobbyinteressen. AfD vs. FDP: Fachkompetenz vs. Frauenbeine; klare Maßstäbe vs. Magenta; echte Arbeitsfähigkeit vs. Anglizismen. CDU: vor langer Zeit politische Heimat. Heute: Alptraum der SPD. Runderneuerung wäre nötig, aber nicht mit Wolf. Schlecht: Kategorischer Ausschluss der Zusammenarbeit mit AfD.“

Verwendete Literatur:

Martin Fochler, Alfred Küstler: Potentiale des neuen Nationalismus, Arbeit an einer solidarischen Alternative. Politische Berichte 12/2015. <https://politischeberichte.wordpress.com/2015/12/22/potentiale-des-neuen-nationalismus-arbeit-an-einer-solidarischen-alternative/> 2. Alfred Küstler: Eine Regierung sucht ihr Volk. Koalitionsvertrag Grüne und SPD in Baden-Württemberg. <https://politischeberichte.wordpress.com/2011/05/05/eine-regierung-sucht-ihr-volk-koalitionsvertrag-gruene-und-spd-in-baden-wuerttemberg/> 3. Harald Pätzold: Gedanken zum 28. CDU-Parteitag in Karlsruhe. Politische Berichte, Januar 2016. <https://politischeberichte.wordpress.com/2016/01/20/gedanken-zum-28-cdu-parteitag/> 4. Christoph Cornides: Die Linke Baden-Württemberg und die Landtagswahlen 2016; Politische Berichte Dezember 2014. <https://politischeberichte.wordpress.com/2014/12/10/die-linke-baden-wuerttemberg-und-die-landtagswahlen-2016/> 5. Podiumsdiskussion 6. AfD-Programm „Für unser Land – für unsere Werte“. Landtagswahlprogramm 2016 für Baden-Württemberg 7. David Bebnowski: Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei. Springer VS 2015 8. Liane Bednarz, Christoph Giese: Deutschland dreht durch. Die Wahrheit über die AfD. Hanser Box ePUB-Format, 3.2.2016 9. Liane Bednarz: Die Radikalen. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 31.1.2016 10. Liane Bednarz, Christoph Giese: Gefährliche Bürger. Die neue Rechte greift nach der Mitte. Hanser (download der Einleitung) 11. Ralph Bollmann: Der letzte Ökonom an der AfD-Spitze. FAZ 11.1.2016 12. Heiko Maas: Wer das Recht wirklich schwächt. Gastbeitrag in FAZ 30.1.2016 13. Timothy Snyder: In der Zone der Zerstörung. FAZ 1.2.2016 14. Rüdiger Soldt: Gedankenspiele. FAZ, 12.2.2016 15. Soll man mit der AfD reden? Pro und Contra. Die Zeit 28.1.2016 16. Video Botschaft AfD Baden-Württemberg vom Februar 2016 17. Rede von Prof. Jörg Meuthen auf Wahlparteitag AfD 31.10.2015 18. Christoph Cornides: Die Linke Baden-Württemberg und die Landtagswahlen 2016; Politische Berichte Dezember 2014. <https://politischeberichte.wordpress.com/2014/12/10/die-linke-baden-wuerttemberg-und-die-landtagswahlen-2016/> 19. Die aktuellen Sinus-Milieus®. Heidelberg, November 2013. 20. Die Wut der Russlanddeutschen. FAZ 10.2.16 21. Die aktuellen Sinus-Milieus®. Heidelberg, November 2013. <http://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-milieus-deutschland/>

geführt habe, und erwähnenswert: „Martina Kempf, Mitglied des Bundesvorstands der Vereinigung ‚Christen in der AfD‘ ... zählt zu den Mitgründern des AfD-nahen ‚Pforzheimer Kreises‘, der im Dezember 2014 forderte dass „Christen aller Konfessionen bei Pegida mitmachen“ müssten.

Die Herausforderung besteht darin, auf die politische und gesellschaftliche Richtung aufmerksam zu machen,

wo auch immer sie auftaucht, und in Bündnissen und der täglichen Politik die andere Praxis zu vertreten. Dazu braucht es Arbeitszusammenhänge über Parteigrenzen hinweg. Das spezielle Feld der Landespolitik – die vielleicht undankbarste Ebene in der vertikalen Gewaltenteilung für pointierte Politikgestaltung – stellt eine große Herausforderung dar. – Gegenüber der AfD, die im Landtagswahlkampf allen

anderen Parteien den Krieg erklärt hat,² hat die CDU sich jetzt, wenige Wochen vor der Wahl, mit der Idee einer „Deutschland-Koalition“ zu Wort gemeldet, einer Art Zweckbündnis zwischen CDU, SPD und FDP. Unter der Überschrift: „Gedankenspiele“ stellt R. Soldt in der FAZ vom 12.2.16 Szenarien dar über die Veränderung der politischen Landschaft in Baden-Württemberg je nach Ausgang der Wahlen am 13. März. Ins Zentrum rückt er dabei die Wahlentscheidung gegen die CDU mit der Begründung: „Flüchtlingskrise und gefühltes Staatsversagen.“ Es scheint, als ob auch die CDU inzwischen davon ausginge, dass die größte Gefahr der Einzug der AfD ins Landesparlament darstelle. Mit nationaler oder patriotischer Grundidee? Ob das so schlau ist als Strategie gegen die AfD? Die nächsten Wochen werden noch viel Bewegung in der Wählerstimmung bringen. Es klingt gut für die Linke, wenn am Wochenende eine Zahl von über 5% veröffentlicht wurde (Umfrage Customer Research 42 GmbH: Anrufe bei 1000 Leuten, laut Schwäbischer Zeitung vom 12.2.16 „repräsentativ“), Skespis ist aber angebracht – und wissen wird man es erst am 13.3. nach 18 Uhr.

Eva Detscher

Institut	Auftraggeber	Befragte Zeitraum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AFD	Sonstige
Customer Research 42	Schwäbische Zeitung	T • 1.000 27.01.–07.02.	33,1%	15,6%	26,1%	5,1%	5,5%	10,5%	4,1%
INSA	BILD	T • 1.000 26.01.–01.02.	33,5%	13,5%	28,5%	7,0%	3,5%	10,0%	4,0%
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	T • 1.069 18.01.–20.01.	34,0%	15,0%	28,0%	6,0%	3,0%	11,0%	3,0%
INSA	CDU-LV	T • 1.000 11.01.–18.01.	35,0%	13,0%	29,0%	6,5%	2,5%	11,5%	2,5%
Infratest dimap	SWR, Stuttgarter Zeitung	T • 1.000 07.01.–12.01.	35,0%	15,0%	28,0%	6,0%	3,0%	10,0%	3,0%
Landtagswahl 2011 am 27.3.2011			39,0%	23,1%	24,2%	5,3%	2,8%	–	5,6%
Umfragen vor der Landtagswahl 2011									
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	T • 1.382 15.03.–17.03.	38,0%	22,5%	25,0%	5,0%	4,5%	–	5,0%
Infratest dimap	ARD	T • 1.250 14.03.–17.03.	39,0%	22,0%	24,0%	5,5%	4,5%	–	5,0%
Infratest dimap	SWR, Stuttgarter Zeitung	T • 1.001 10.03.–12.03.	42,0%	22,0%	21,0%	6,0%	4,0%	–	5,0%
Emnid	Focus	T • 1.000 04.03.–10.03.	39,0%	24,0%	20,0%	7,0%	5,0%	–	5,0%
Forsa	StN, Reutlinger GA	T • 1.004 03.03.–08.03.	40,0%	26,0%	20,0%	5,0%	4,0%	–	5,0%
Customer Research 42	Schwäbische Zeitung	T • 705 08.02.–19.02.	35,0%	21,6%	21,2%	5,2%	5,9%	–	11,1%

Die Linkspartei in Baden-Württemberg hat Hoffnung geschöpft, nachdem eine Umfrage sie wieder über 5 Prozent sieht. Dass das ziemlich trügerisch sein kann, insbesondere in Krisenzeiten (vor der letzten Wahl war das Unglück in einem japanischen Kernkraftwerk), zeigt unsere Übersicht mit einem Rückblick auf die Wahlumfragen, wie sie bei www.wahlrecht.de dokumentiert sind. (alk)

Sachsen-Anhalt

Gegen Amerika, für billige Kartoffeln

Robert Farle, vor 1989 Stadtrat der DKP in deren Hochburg Gladbeck, betätigt sich jetzt bei den Wahlen am 13. März als Direktkandidat für die AfD für den Landtag in Magdeburg.

Der Wahlkampf in Sachsen-Anhalt nimmt an Schwung zu. Alle Umfragen sagen voraus, dass die AfD am 13. März mit etwa 15% in den Landtag gewählt werden wird. Der Zuspruch zu den Versammlungen der AfD ist groß. So kamen am 9. Januar über 100 Erwachsene in Sangerhausen in die Gaststätte „Scharfe Ecke“, um den Landtagskandidaten Robert Farle zu erleben. Farle, der im Saalekreis kandidiert, traf nach einem Bericht des Online-Portals „msh-online“ wohl den richtigen Ton: Nachdem er zum Thema „USA als Verursacher der großen Flüchtlingsströme“ das letzte Buch des in AfD-Kreisen beliebten Verschwörungstheoretikers Peter Scholl-Latour „Der Fluch der bösen Tat“ empfohlen hatte, legte er los. Für die meisten Geflüchteten sei „unser Kultur- und Zivilisationsniveau absolut unverständlich“ und zeichnete ein Bild der Geflüchteten als bedrohliche Masse: „Im Rahmen der Familien-

zusammenführung werden pro Person mindestens vier Angehörige nachziehen. Dann werden es sechs Millionen sein.“ Durch die „Sprachbarriere“ könnten die Männer nur einfachste Arbeiten verrichten, während viele der geflüchteten Frauen aus „traditionellen Gründen“ nicht arbeiten dürften. Farle folgerte fatal, dass „70 bis 80 Prozent der Menschen, die zu uns kommen, in unser soziales Netz fallen“. Der Sozialstaat könne da nicht mehr mithalten – so sei es bereits in Schweden zu beobachten. Farle versteht es, seine Ablehnung der Aufnahme der ankommenden Flüchtlinge scheinbar sozial zu verpacken. National und sozial das von Massenzuwanderung angeblich bedrohte Deutschland fest im Blick. Auch bei einer Kundgebung der AfD am 9. Dezember unter dem Motto „Grenzen wieder kontrollieren!“ sprach Farle als Hauptredner „gegen das Politikversagen“.

Farle ist im sachsen-anhaltinischen Wahlkampf nicht besonders originell, aber stramm rechts. In seinem Wahlkreis warnte etwa am 4. Februar auch der FDP-Vorsitzende Christian Lindner in Sangerhausen, bei der Abschottung gegen Flüchtlinge „konnten sich die Bürger nicht auf ihre Regierung verlassen“, er warnte vor „Chaos“ bei der Einwanderung, beschwor dagegen die unbedingt erforderlichen „Außengrenzkontrollen“. Das Bilden einer Wagenburg ist in Deutschland offensichtlich eine leichte Übung und in Sangerhausen im dunkelsten Sachsen-Anhalt ein Publikumserfolg.

Bereits bei den Vorstandswahlen im AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt konnte sich Robert Farle im September 2015 gegen das ehemalige FDP-Mitglied Hans-Thomas Tillschneider durchsetzen und wurde Schriftführer. Damit kegelte er einen gut vernetzten Aktivisten aus dem Rennen, der Sprecher der „Patriotischen Plattform“ ist, Pegida unterstützt und auch schon mal mit Jürgen Elsässer, Götz Kubitschek oder anderen Größen der Neuen Rechten auftritt. Der über die Vorstandswahlen berichtende Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“ Hagen Eichler wunderte sich allerdings nicht über die Aufnahme des exponierten Neuen Rechten Tillschneider, sondern nur über die Aufnahme des ehemaligen

DKP-Funktionärs: „Laut Satzung der Partei hätte der Ex-Kommunist gar nicht in die AfD aufgenommen werden dürfen.“ Farle distanzierte sich von seiner etwa 20-jährigen aktiven DKP-Mitgliedschaft und erklärte laut dem Bericht der Magdeburger „Volksstimme“: „Deutschland muss Deutschland bleiben. Ich will nicht in 30 Jahren von den Amerikanern oder einer islamischen Regierung gesteuert werden.“

Seine frühere Orientierung auf die Sowjetunion zu seiner Zeit in der DKP sei ein Fehler gewesen, so Farle auf der Mitgliederversammlung. Zu einem anderen Zeitpunkt klang der redewandte Robert Farle ganz anders: „Deutschland hat in der Zusammenarbeit mit Russland Riesenspektiven. Doch genau diese sollen zerstört werden. Wir wären ein ernsthafter Konkurrent für die USA.“ Allerdings erklärte Farle so laut „msh-online“ seine Vorliebe für Russland auf der AfD-Wahlkampfveranstaltung am 9. Januar, nicht etwa zu DKP-Zeiten.

Robert Farle gehörte jahrzehntelang zum Funktionärskader der DKP, verstand es sich wichtigzumachen. Er war schon während seines Studiums Leiter der DKP-Hochschulgruppe Bochum, aktiv im der DKP nahestehenden Marxistischen Studentenbund Spartakus, heiratete während des Studiums eine Genossin aus dem Spartakus, wie in der von ihm als Mitglied des „Vorstandes der Studentenschaft“ mit herausgegebenen „Bochumer Studentenzeitung“ am 11. März 1971 in der Rubrik „Klatsch-Tratsch-Quatsch“ so vermeldet wurde: „robert farle hat seine margarete geheiratet. In spartakus- und dkp-kreisen erhofft man, bei der ml befürchtet man ganz viele kinderchen. Wie dem auch sei, die sollen' mal besser haben als wir...“. Farle zeichnete für ein scharf gegen die maoistische Konkurrenz der K-Gruppen polemisiertes Buch im der DKP nahestehenden Verlag Marxistische Blätter verantwortlich, gehörte später in der DKP-Schwerpunktstadt Gladbeck zu den führenden Vertretern der Partei, war DKP-Fraktionsvorsitzender im Gladbecker Stadtrat, war Herausgeber zahlreicher lokaler Parteipublikationen bis hin zu Betriebszeitungen. Bei den Preisstopp-Verkäufen im Rahmen der DKP-Wahlkämpfe inszenierte er sich laut Erinnerung vieler GladbeckerInnen als Volkstribun, der billige Kartoffeln für alle kleinen Leute fordert. Laut einem Bericht der „WAZ“ prägte Farle „in Gladbeck das Gesicht der DKP“, und sei aussichtsreicher Kandidat für den Vorsitz im Bezirk „Ruhr-Westfalen“ gewesen, einer der stärksten Gliederungen der DKP bis zum Zusammenbruch der DDR. Auch in den „Bottroper uz-Notizen“ erschienen Texte von ihm oder über seine zahlreichen Aktivitäten. In der Frie-

denbewegung war Farle ebenfalls ein exponierter Aktivist und inszenierte sich 1981 als Verteidiger der deutschen Souveränität gegen die Nato-Raketenstationierung auf deutschem Boden. So berichtete etwa das „Neue Deutschland“ über seinen Protest gegen das „Raketendepot Ruhrgebiet“ im Rahmen einer Pressekonferenz in Bonn.

Nach dem Zusammenbruch des politischen Vorbildes DDR 1989 endete auch deren Sponsoring für die DKP und deren Umfeld. Die Männer mit den Geldkoffern kamen nicht mehr, viele Strukturen brachen zusammen, anderswo gelang eine Stabilisierung auf niedrigerem Niveau – wie in Gladbeck. Während die DKP allerdings bei den Kommunalwahlen 1989 auf 8 % der abgegebenen Stimmen kam, waren es bei den Stadtratswahlen 2014 nur 1,4%. Da es keine Prozenzhürde gibt, reichte dies für ein Mandat. So macht die DKP weiterhin Oppositionspolitik in einer gemischten Fraktion im Stadtrat, aber seit langem ohne Robert Farle. Von Beruf Steuerberater, ging er nach 1989 in die ex-DDR und baute sich in Halle eine erfolgreiche Kanzlei auf.

In Gladbeck einziger Stadtrat der DKP in einer gemischten Fraktion dreier kleiner Listen ist jetzt Gerhard Dorka, der dort auch schon zusammen mit Robert Farle saß. Gegenüber der „WAZ“ erklärte er, von der neuen politischen Orientierung Farles hin zur AfD gehört zu haben, aber seit Jahrzehnten keinen Kontakt mehr zu haben: „Robert Farle hat sich damals in Gladbeck sehr für die kleinen Leute engagiert und sehr viel für sie erreicht“, so Dorka laut „WAZ“. Dass auf der Homepage der DKP Gladbeck zu Farles rechtem Engagement kein Wort verloren wird, spricht nicht sehr für eine Auseinandersetzung mit seiner Kandidatur für die AfD. Ralf Michalowsky, der in Gladbeck für Die Linke spricht, die sich dort in Konkurrenz zur DKP versteht, versucht dagegen, die DKP bloßzustellen: „Irgendwie hat Farle bei der Kaderschulung nicht aufgepasst oder seine Tätigkeit als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Halle (seit der Wende) hat ihn den Verstand gekostet“. Zu dieser Kritik des ehemaligen Landesvorsitzenden der Linken NRW schweigt die DKP.

Dabei könnte die DKP Ralf Michalowsky kontra geben: Warum er über Robert Farle spricht, aber über Christine Ostrowski schweigt, eine ehemalige leitende Funktionärin seiner eigenen Partei: Auch die ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS, langjährige Bundestagsabgeordnete der PDS und der Linken sowie in Dresden bis zu ihrem Austritt 2008 leitende Kommunalpolitikerin der Linken, Christine Ostrowski, rief Anfang Februar dazu auf, AfD zu wählen: „Aber nun, sorry, nun wähle ich AfD“, so ein

Facebook-Hosting von Ostrowski.

In einem anderen kritisiert sie die Aufnahme von Flüchtlingen: „Mein Gott, was wir uns hier importieren!“ Ostrowski, die sich letztes Jahr beim Stadtverband Dresden der FDP um eine Kandidatur für den Stadtrat bewarb, stand lange für eine Querfrontstrategie, welche die PDS bzw. Die Linke mit Neonazis und Ultrarechten ins Gespräch bringen wollte. Als stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS traf sie sich 1993 mit Constantin Mayer, einem Kader der 1992 verbotenen Nationalen Offensive, NO, zu einem mehrstündigen Gespräch. „Ausgrenzender Antifaschismus ist nicht hilfreich“, versuchte sie den Dialog mit einem Neonazi zu legitimieren: Sie habe so herausfinden können, dass ihre sozialen Forderungen „bis hin zum Wortlaut“ mit denen des Neonazis übereinstimmten. Auf Druck der Parteiführung musste Ostrowski danach ihr Amt im Bundesvorstand abgeben, aber der örtliche Vorstand ihres Dresdener Stadtverbandes sprach ihr mit überwältigender Mehrheit auch nach dem Treffen mit Mayer das Vertrauen aus. 1994 kandidierte sie für die PDS für den Posten der Oberbürgermeisterin. 1998 wurde sie mit 96 % Zustimmung erneut zur Vorsitzenden des Stadtverbandes Dresden der PDS gewählt. Anders als Ostrowski benutzt Farle zwar Versatzstücke aus seiner DKP-Zeit, hat aber nicht jahrzehntelang innerhalb einer linken Partei eine offene Querfrontstrategie betrieben.

Bei der Wahlkampfveranstaltung im Januar erklärte Robert Farle: „Mit der AfD kann man keine Berge versetzen, aber wenn wir im Landtag sitzen, können wir Anfragen stellen und Informationen geben, die niemand unterdrücken kann. Und im Übrigen wollen wir direkte Demokratie, zu der auch Volksentscheide gehören.“ Mit den Floskeln aus den 70er Jahren inszeniert Robert Farle auch die AfD als Protestpartei, so wie einst die DKP. Die in Gladbeck mit dem von ihrer Stadtratsfraktion um Robert Farle herausgegebenen Blatt „Das Gläserne Rathaus“ allerdings anders als die AfD tatsächlich für Transparenz sorgte. Sich als Vertreter der einfachen Bürger darzustellen, hat Farle bei der DKP gelernt. Jetzt verkörpert er diese Rolle als Farce: „Die AfD muss ins Parlament, damit wir draußen sehen, was drinnen passiert.“ Dabei sieht er selbst bei der AfD wohl nicht so genau hin, wer sich von der Partei angezogen fühlt: So zeigte ein Demonstrant bei einer mit 300 Teilnehmenden überschaubaren Kundgebung der AfD am 3. Dezember in Wittenberge den Hitlergruß, wovon sich der Versammlungsleiter pflichtschuldig und knapp distanzierte. Robert Farle trat danach ans Mikrofon, hielt eine kurze Ansprache und machte Wahlkampf.

Gaston Kirsche

„Ist Deutschland tatsächlich eine Demokratie?“

Der Politologe Carsten Frerk zieht in seinem neuesten Buch „Kirchenrepublik Deutschland“ ein Fazit, das mit einem Fragesatz endet: „Ist Deutschland tatsächlich eine Demokratie?“ (S. 297) Der Autor spricht übrigens von Deutschland als von einem „durch die Kirchen gekaperten Staat“.

Denn Carsten Frerk beschreibt, wie die beiden christlichen Großkirchen (man sollte aber besser konkret vom Klerus sprechen) nach 1945 systematisch Einfluß auf die Politik genommen haben und diesen seither stetig ausbauen. Der Autor untersuchte erstmalig für Deutschland die engen Verflechtungen zwischen dem Klerus und dessen Lobbybüros einerseits und der Ministerialbürokratie, der Politik und der Justiz andererseits. Anhand von Strukturen und sich oft überschneidenden Personalien/Karrieren zeigt Frerk auf, wie über klerikale Lobbyisten politische Entscheidungen im Sinne der milliardenschweren Wirtschaftsunternehmen „Kirche“ herbeigeführt werden. Diese seien daher, wenn es um die ureigensten Belange als Organisationen geht, die erfolgreichsten Lobbyisten der Republik überhaupt. Und das völlig geräuschlos und von der Öffentlichkeit so gut wie nicht bemerkt. Ganz im Gegenteil zu den Lobbyisten z.B. der Pharma- oder Versicherungskonzerne.

Gleich zu Beginn steht ein bezeichnendes Beispiel aus den Anfangsjahren. Dieses verdeutlicht lehrbuchhaft, welche Privilegien der Klerus sich von der Politik zubilligen haben lassen und wie kirchlicher Lobbyismus bis heute erfolgreichst funktioniert. Konkret geht es um das Betriebsverfassungsgesetz:

„In den darauf folgenden Schreiben des EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Otto Dibelius an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Arbeit (vom 12. Juni 1951) wird darauf hingewiesen, daß den Kirchen aufgrund von Art. 140,1 GG in Verbindung mit Art. 137,3 der Weimarer Verfassung ‚innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes eine weitgehende und grundsätzliche Autonomie zugestanden‘ worden sei. Und nach den Hinweisen auf die NS-Zeit (...) müsse die Kirche auf dem uneingeschränkten Recht bestehen, ihre Angelegenheiten autonom zu regeln. Es hat offensichtlich Wirkung, wenn der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Dibelius, direkt an Kanzler und zuständige Bundesminister schreibt. (Mit dem Begriff der ‚Autonomie‘ ist zudem bereits die Interpretationsbrücke gebaut, wie aus dem Recht auf Selbstverwaltung ein ‚Selbstbestimmungsrecht‘ wird.“ (S. 11)

Frerk stellt fest:

„Eine typische Darstellung zum kirchlichen Lobbyismus lautet: ‚...die kirch-

lichen Beauftragten setzen sich für den Stopp von Rüstungsexporten ein und für die menschliche Behandlung von Flüchtlingen, und wenn sie versuchen, die Liberalisierung der Sterbehilfe zu verhindern (...), dann setzen sie sich zwar dafür ein, daß die Glaubensgrundsätze ihrer Kirchen in Politik umgesetzt werden – finanzielle Vorteile schlagen sie dabei nicht heraus. Anders als jene Vertreter der Autohersteller (...) Dabei handelt es sich nicht um Millionen, sondern um Milliardenbeträge. Warum also dieses Verschweigen konkreter finanzieller Interessen der Kirchen? (...) Diese lobbyistische Leugnung finanzieller und wirtschaftlicher Interessen ist zwar nicht verwunderlich, aber es ist auch keine hinreichende Erklärung, warum die personellen Verflechtungen zwischen Staat und Kirche nicht als verfassungsrechtlich problematisch bewertet werden.“ (S. 20 – 21)

Kirchlicher Lobbyismus und historische Konstanten

So lauten die Überschriften der ersten beiden Kapitel. Da geht es um die Frage, ob Kirchen Akteure in einer Demokratie sein können und ob die Kirchen eigentlich selbst über eine eigene demokratische Legitimation verfügen. Die historischen Konstanten macht Frerk kurz und knapp an einigen Jahreszahlen fest:

Zu den Jahren nach 1945 (im Westen Deutschlands) schreibt er:

„Diese Jahre des Elends, des Hungers, der Wohnungsnot, der Flüchtlinge, der Ausgebombten und der Lebensmittelkarten für die Millionen Menschen der einfachen Bevölkerung waren die ‚goldenen Jahre‘ der Kirchen, vor allem der katholischen Kirche. Wie der ‚Phoenix aus der Asche‘ trat sie in die Positionen der Vertretung auch der politischen Interessen der Bevölkerung in Deutschland ein. (...) erklärte sich die katholische Kirche, deren Strukturen [im Gegensatz zu den staatlichen; SRK] erhalten geblieben waren, zur Sprecherin der Interessen der Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten. (...) Mit dem ‚Nationalsozialismus‘ hätte sie, die katholische Kirche, nichts zu tun gehabt, wäre selbst Verfolgte gewesen. (...) Diese Jahre waren die ‚Geburtsstunde‘ eines christlichen Lobbyismus in Deutschland, der seinesgleichen auf der Welt sucht. Unter Leugnung der eigenen Schuld brachte



Carsten Frerk:
Kirchenrepublik Deutschland. Christlicher Lobbyismus. Eine Annäherung. 304 S. kart. Alibri-Verlag. Aschaffenburg 2015. 18,- Euro.

ISBN
978-386569-190-3

sich die katholische Kirche in die Positionen einer Verteidigerin der ‚sittlichen Werte‘ eines Volkes, dem sie diese Werte allerdings erst wieder beibringen wollte. In dieses politische und gesellschaftliche Vakuum hinein positionierte sie sich als moralische Autorität.“ (S. 32 – 33)

Und... der Klerus war erfolgreich:

„Das beschlossene Grundgesetz wurde nicht durch ein Referendum legitimiert, da vor allem die katholische und die evangelische Kirche dagegen waren. In diesen Jahren wurden grundlegende Strukturen geschaffen. (...) Als Erfolg für die Kirchen wird genannt, daß die ‚Kirchenartikel‘ der Weimarer Reichsverfassung (136, 137, 138, 139 und 141) über Artikel 140 in das Grundgesetz inkorporiert wurden.

Der wesentliche Erfolg der Kirchen wird dabei aber übersehen: Der erste Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung, der Artikel 135, wurde nicht übernommen. Er lautet: ‚Alle Bewohner des Reiches genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz. Die allgemeinen Staatsgesetze bleiben hiervon unberührt.‘ Die Auffassung, er wäre identisch mit Art 4 GG, übersieht das Wesentliche des dritten Satzes, der juristisch bedeutet: ‚Staatsgesetze haben Vorrang vor Religionsgeboten.‘ Dieser fehlende Satz ist kirchenpolitisch einer der entscheidenden Unterschiede zwischen ‚Weimar‘ und ‚Bonn‘. Er ist das Einfallstor für kirchliche Eigenwege und Sonderrechte, die es so in der Weimarer Republik nicht gegeben hatte.“ (S. 35)

Lobbyismus von außen von innen

Diese beiden Fakten-Kapitel machen den Hauptteil des Buches aus; hierfür einige Stichworte:

„Kirche‘ ist im politikbezogenen Handeln eine Vielzahl von Organisationen, die versuchen, eigenständig oder koordiniert, auf Politik Einfluß zu nehmen.“ (S. 37)

Skizzierend stellt er deren Akteure vor: die katholische Kirche mit der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der Katholiken sowie die evangelische Kirche (EKD) mit der Synode der EKD. Als deren direkte Lobby-Organisationen fungieren die sogenannten Kirchlichen Büros, auch Kommissariate genannt. Hierzu heißt es u.a.: „Die Kirchen meinten allerdings, als Hüte-

rin der sittlichen Ordnung' seien sie zur ‚Partnerin des Staates‘ geworden, der sie gerade wegen seiner eigenen Neutralität benötigen würde. (...) Zudem maßen sich die Kirchen ein ‚Wächteramt und Kontrollfunktionen gegenüber dem Staat an, die ihnen verfassungsrechtlich nicht zustehen.“ (S. 42 – 43)

Wie klerikalerweise getrickst wird, um fehlende Rechtsgrundlagen herbei zu halluzinieren: „Den Gipfel der Unverfrorenheit trägt aber der seinerzeitige Leiter des Kommissariates, Wilhelm Wöste, bei, wenn er (...) für das ‚Handbuch des Staatskirchenrechtes der Bundesrepublik Deutschland‘ (1975) schreibt: ‚Die Mitarbeit der Kommissariate an den einzelnen Gesetzgebungsvorhaben geschieht in allen in Betracht kommenden Stadien, die eine Gesetzesvorlage in der modernen Demokratie durchläuft. Die Bundesministerien sind durch Erlaß gehalten, die Kirchen über bevorstehende Gesetzesvorhaben frühzeitig zu informieren.“ (S. 45)

Das Wort „Erlaß“ elektrisierte Frerk, er recherchierte tiefer... und fand im Evangelischen Zentralarchiv in Berlin das von Wöste beschworene Schreiben.

„Dabei zeigte sich Überraschendes. Es handelt sich nicht um einen ‚Erlaß‘, der ja zumindest eine gewisse Rechtsqualität hätte, sondern um einen einfachen Brief von Bundeskanzler Willy Brandt mit einer Bitte an seine Ministerkollegen (...)“ (S. 45)

Es folgt der Text im Wortlaut. Und weiter geht es mit dieser Feststellung:

„In der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), in der es um § 47 um die ‚Beteiligung von Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Fachkreisen und Verbänden‘ geht, werden die Kirchen nicht erwähnt.“ (S. 47)

Doch, so Frerk: „Während Verbindungen im Bereich der politischen Parteien und der Parlaments-Fraktionen normalerweise öffentlich direkt genannt werden, sind die Loyalitäten zwischen Ministerialbeamten und Kirchen weitestgehend der Öffentlichkeit entzogen.“ (S. 207) Lobbyismus geschehe immer öfter durch Leihbeamte aus Wirtschaftskreisen oder großen Kanzleien. Allerdings, „die Kirchen brauchten in dieses ‚Personalaustauschprogramm‘ nicht einbezogen werden, da sie bereits seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland in den diversen Bundesministerien, im Bundeskanzleramt und Bundespräsidialamt gleichsam ihre ‚Schreibtische‘ stehen haben.“ (S. 208)

Es seien dies vor allem „die ‚Seitenwechsler‘ von der Kirche zum Staat. ‚Kirchlicher Dienst ist öffentlicher Dienst‘ heißt es in den Staat-Kirche-Verträgen und Konkordaten, und so wird u.a. munter zwischen ‚kirchlichem Dienst‘ und ‚öffentlichen Dienst‘ hin- und hergewechselt.“ (S. 208)

Natürlich nennt Frerk auch hier Na-

men, deren Amts-Positionen und was sie in diesen für ihre Entsender durchsetzen konnten. Aber muß das so sein, fragt der Autor und gibt folgende Antwort:

„Dazu gehören immer zwei, ist auch hier richtig. Würden die Ansprüche der Kirchen nicht durch Politiker/Staatsbeamte akzeptiert werden, dann wären es nur ‚fromme Wünsche‘. Wie sehr jedoch die Politik einen Kotau vor den kirchlichen Ansprüchen macht, zeigt z.B. der maßgebliche Loccumer Vertrag (1955), in den die Landesregierung den ‚Öffentlichkeitsauftrag‘ der Kirchen hineinschreiben läßt und nicht als das beläßt, was es aus staatlicher Sicht ist, nämlich ein *Öffentlichkeitsanspruch*.“ (S. 220 – 221)

Zu den kirchlichen Lobby-Büros in Bund und Ländern offeriert Frerk Fakten en masse: Gründung und Entwicklung, leitendes Personal (mit bestehenden personellen Verflechtungen und Netzwerken), Adressen (sehr bemerkenswert die Angaben der Wege-Distanzen zwischen Büros, Kanzleien und zuständigen Ministerien), offene und verborgene Arbeitsweisen sowie die wichtigsten „Arbeitsfelder und -aufgaben“ der Akteure, einschließlich des Wechsels von Theologen aus kirchlichen Ämtern in Ministerien und wieder zurück. Für jedes einzelne Land wird außerdem die religionssoziologische Zusammensetzung der Bevölkerung genannt.

Mit welchem Anspruch dabei diese Büros gegenüber Politik und Ministerialbürokratie auftreten, das macht ein Zitat des Oberkirchenrates Hermann Kalina deutlich, wenn dieser in einer seiner „staatskirchenrechtlichen Schriften“ dreist formuliert: „Dabei sind vorgegeben das komplexe staatskirchenrechtliche System und die ungeschriebenen Regeln des Umgangs. Die Beherrschung beider ist wichtig, damit das *Verhältnis Staat-Kirche nicht der Steuerung durch die Kirchenleitung entgleitet*.“ (S. 98)

Ein eigenes Kapitel ist auf den Seiten 290 bis 295 dem Bundesverfassungsgericht gewidmet. Besonders hervorhebenswert ist hier die Darlegung, wie dank kirchennaher Juristen nach Gründung der Bundesrepublik aus dem „Selbstverwaltungsrecht“ der Kirchen lt. Weimarer Reichsverfassung ein „Selbstbestimmungsrecht“ der Kirchen konstruiert worden ist.

„Böckenförde-Diktum“

Außerdem geht Frerk noch auf das vielzitierte „Böckenförde-Diktum“ ein, mit dem die bundesdeutschen Kirchenfürsten stets und ständig – von ihren Zuhörern nie hinterfragt – hausieren gehen, um ihren Machtanspruch über den Staat angeblich höchsttrichterlich zu begründen:

„Der Jurist Wolfgang Böckenförde hatte 1964 eine Abhandlung geschrieben, in der es vollständig heißt: *Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren*

kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots garantieren, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“ (S. 51)

Aber Frerk schreibt dann weiter: „Diese formal richtige Aussage, daß Freiheit dort endet, wo der Zwang beginnt, wurde nun von interessierter kirchlicher Seite zu einem Diktum verkürzt, das nur noch den ersten Satz zitiert: ‚Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.‘ Punkt. Nein, Fortsetzung [aus klerikaler Hand; SRK]: *„Diese Voraussetzungen schaffen die Kirchen. Deshalb ist der Staat auf die Kirchen angewiesen.“*“ (S. 51) Übrigens, so Frerk sarkastisch, „das verkürzte ‚Diktum‘ wird garniert mit ‚Professor‘ und ‚Bundesverfassungsrichter‘ – was er beides noch nicht war, als er es 1964 schrieb – und wer wagt es schon, gegen eine derartige ‚Kapazität‘ etwas zu sagen.“ (S. 52)

Fazit

In seinem Fazit schreibt Frerk u.a.: „In Deutschland besteht neben der parlamentarischen Demokratie und dem Staatsaufbau eine ‚Nebenregierung‘ und eine ‚zweite‘ Bürokratie, die öffentlich als Kirche auftritt und ihren massiven Lobbyismus entweder verschweigt oder gelegentlich stolz präsentiert. (...) Die Kirchen sind selbstverständlicher Teil des Staates geworden, ohne daß dafür irgendeine Rechtsgrundlage besteht, weder im Grundgesetz noch in Ausführungsgesetzen noch in Geschäftsordnungen. (...) Zum Erfolg des kirchlichen Lobbyismus trägt nicht nur seine Geräuschlosigkeit bei – das gilt für jeden erfolgreichen Lobbyismus – sondern vor allem die lobbyistische Camouflage, daß die Kirchen keine eigenen wirtschaftlichen Interessen hätten. Flüchtlingsarbeit ins Rampenlicht; Eigeninteressen hinter die Kulissen.“ (S. 296–297)

Carsten Frerk hat für seine Studie, die diesem Buche zugrundeliegt, akribisch recherchiert und seine Recherche-Ergebnisse gekonnt analysiert. Das alles wurde von ihm in sprachlicher Brillanz für den Leser aufbereitet: Sachlich-präzise im Inhalt, pointiert in der Formulierung – sarkastisch und „gewürzt“ mit einer guten Prise Ironie. Ja, solchen Sarkasmus und Frerks 1a-Ironie bedarf es tatsächlich, um die geschilderten Zustände in ihrer ganzen Tragweite erkennen zu können.

Siegfried R. Krebs

Buchtipp: Friederike Moos: In uns und um uns

Sommer 1967: in den Behringwerken, einem Pharmaunternehmen in Marburg, bricht eine weltweit unbekannte Krankheit aus. Die Erkrankung trat plötzlich auf. Sie zeigte sich anfangs mit Symptomen wie Kopfschmerzen, Fieber, Gliederschmerzen, Durchfall. Es folgten Hautveränderungen, Bewusstseinsstörungen, Bewusstlosigkeit, schließlich Koma und im Extremfall Tod durch Herz- und Kreislaufversagen.

Innerhalb von vier Wochen erkrankten in Marburg dreiundzwanzig Menschen, fünf starben. Weitere Erkrankungen und Todesfälle traten zur gleichen Zeit in Frankfurt, Belgrad und Freiburg auf. Wenige Tage, nachdem die Infektionen auftraten, wurden die betroffenen Patienten in Isolierstationen untergebracht. Familienangehörige hatten keinen Zutritt mehr. Das Gesundheitsamt schickte sogenannte „Verweser“ zum Desinfizieren in die Marburger Haushalte. Aus allen Teilen der Bundesrepublik kamen besorgte Anfragen an das Marburger Gesundheitsamt, ob man noch unbeschadet nach Marburg reisen könnte. Weil die meisten Patienten mit den Versuchsaffen in den Behringwerken in Berührung gekommen waren, sprach die Presse schnell von der „Marburger Affenseuche“.

Und mittendrin im Zentrum der Infektionsgefahr: Friederike Moos. Gerade 19 Jahre alt geworden, hat sie eine Stelle als Biogelaborantin im Gewebezuchtlabor bei den Behringwerken angetreten. Dort wurde schwerpunktmäßig an der Produktion des

Impfstoffes gegen die Kinderlähmung gearbeitet. Direkt unter den Arbeitsräumen des Gewebezuchtlabors lagen die Affenställe. Deren Nieren waren der Grundstoff für die Produktion des Polioimpfstoffs. Regelmäßig wurden die Affennieren entnommen und hieraus die Gewebekulturen für den Impfstoff gezüchtet. Alle Mitarbeiter in diesem Bereich waren unmittelbar von der Seuche betroffen.

Während die ArbeitskollegInnen schwer erkrankten, gar starben, kam Friederike Moos körperlich unbeschadet davon. Fast fünfzig Jahre nach den Ereignissen schreibt sie:

„Es gibt Erinnerungen, die so einschneidend sind, dass man sie tief in sich verbirgt und nicht antasten möchte. Vielleicht geschieht das in der Hoffnung, dass diese Erinnerungen und die mit ihnen verbundenen Gefühle dadurch verblasen mögen. Aber das tun sie nicht.“

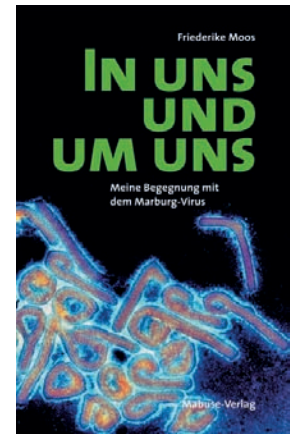
Nach fast 50 Jahren lässt sie aber nun Erinnerung und Gefühl heraus und hat ein interessantes Buch über die damaligen Ereignisse und die Folgen geschrieben:

„In uns und ums uns. Meine Begegnung mit dem Marburg-Virus“

Wir haben es hier aber nicht mit einer reinen Autobiographie zu tun. Eigentlich nur am Anfang und Ende des Buches spricht sie über ihr unmittelbares Wirken. Das Buch ist ebenso eine spannende Darstellung des ersten Auftretens, der Erforschung und schließlich Entdeckung des Virus. Mit detektivischen Methoden versuchten die Wissenschaftler den Weg der Affen aus Afrika und die mögliche Quelle der Infektion zu ermitteln. Wir nehmen mit Erstaunen zur Kenntnis, dass in den Außenbezirken von London ein „Tierhotel“ existierte, in dem aus allen Ländern der Erde alle möglichen Tierarten zu Tausenden untergebracht wurden. Sie kamen von Schiffs- und Flugtransporten, wurden in London gelagert, bis sie an ihren Bestimmungsorten, vorwiegend in der Industrie, als Versuchstiere und Rohstoffquelle verbraucht wurden. Und dieser „Verbrauch“ war in den Industriestaaten gigantisch. Allein die USA bezog von 1952 bis 1967 1,5 Millionen Affen aus Indien, Ostasien und Afrika. Im Jahr, bevor das Marburg-Virus in Erscheinung trat,

verbrauchten die Behringwerke 3606 Affen für die Herstellung und Prüfung von Impfstoffen. Das waren doppelt so viele Tiere wie ein Jahr zuvor. Von Tierschutz und Recht der Tiere war nicht die Rede. Sowohl die Industrie, wie auch Tausende Affenjäger und ihre Familien lebten einträglich von dem „Verbrauch“ der Affen.

Wir erfahren aus dem Buch, welche Folgen der Ausbruch des Marburg-Virus in den Zeiten des Kalten Kriegs hatte. Verschiedene linke Zeitungen aus Ost und West beschuldigten die Behringwerke, an biologischen Kriegswaffen zu forschen. Ein Mikrobiologe am Institut für Aerobiologie der Fraunhofer-Gesellschaft, der sich im November 1968 in die DDR abgesetzt hatte, bestätigte die Forschung an biologischen und chemischen Waffen und beschuldigte die Behringwerke, die Rohstoffe dazu zu liefern. Die Bundesregierung versuchte abzuwimmeln und sprach vom rein defensiven Charakter der Forschung. Ein schwaches Argument, wie die Autorin meint, ob defensiv oder offensiv entscheidet ja



Friederike Moos: In uns und um uns.
Mabuse Verlag 16,90 Euro

erst der Einsatz der Kampfstoffe, die Forschung ist in beiden Fällen die gleiche. Aufhorchen lässt auf jeden Fall, dass das Marburg-Virus Jahre später auf seine Kriegstauglichkeit getestet wurde und dass es heute auf einer Liste steht, die als „Dreckiges Dutzend“ bezeichnet wird. Es handelt sich dabei um Erreger und Giftstoffe, die als besonders gefährliche Kampfstoffe eingestuft werden. Bis heute ist auch nicht geklärt, ob die Behringwerke direkt oder indirekt an biologischer Kriegführung beteiligt waren. Da gäbe es noch eine Forschungslücke, die geschlossen werden müsste.

All das bisher Berichtete lässt das Buch zu einem spannenden Lesevergnügen werden, zumal es in einem flüssigen, nie ermüdenden Stil verfasst wurde und sich auf handliche 130 Seiten begrenzt. Was das Buch aber noch besonders auszeichnet ist, dass es den unmittelbar Betroffenen und ihren Angehörigen Gelegenheit gibt, über dieses erlebte Trauma zu berichten. Ebenso wie der Autorin, die ihre Erinnerung und ihre Gefühle, was die Geschichte des Marburg-Virus betraf, über Jahrzehnte zu deckeln versuchte, ging es ja auch den vielen anderen, die unmittelbar von den Geschehnissen berührt worden waren.

Friederike Moos fuhr nach Marburg und traf mit ihnen zusammen und ließ sie die Geschichte in ihren eigenen Worten nochmals berichten. Diese Interviews sind an vielen Stellen in das Buch eingestreut. Wir haben es hier mit der besten Umsetzung des Anspruchs der Oral History zu tun, nämlich dem Bericht der Zeitzeugen, die in eigenen Worten Geschichte für Außenstehende eindrücklich erfahrbar machen. Die Autorin konnte selbst den Erfolg ihres Buches erleben. Vor einigen Wochen war sie in Marburg und sprach vor über hundert interessierten ZuhörerInnen. Diese Lesereveranstaltungen sollen fortgesetzt werden. Vielleicht können wir sie auch mal in Freiburg hören, denn seit 1968 lebt und arbeitet sie hier.

Hardy Vollmer

Inhalt

„Wir befürchten, dass Kräfte freigesetzt werden, die niemand mehr kontrollieren kann“ 2

Die deutsche Mittelostpolitik befeuert die Konflikte 3

Bundeswehreinräte ohne UNO Mandat, wilde Koalitionskriege und Bündnisse gegen Menschenrechte 5

Griechenland braucht Solidarität – trotz alledem 7

Auslandsnachrichten 8

ITF zum Internationalen Frauentag
Irland: Kampf gegen Wasserprivatisierung • Slowakische Republik: Lehrer streiken für bessere Bezahlung
Ungarn: Partnerschaft von IG Metall und Vasas • Portugal: Die Sparmaßnahmen müssen fallen • Somalia: Ölarbeiter gründen Gewerkschaft • Philippinen: Prüfung von Arbeitsschutzvorschriften • USA: Kampf gegen Massenentlassungen bei Mondelez • Argentinien/Brasilien: Streik bei Fluggesellschaft • Argentinien: Staatsangestellte entlassen

Aktionen ... Initiativen 10

Venro begrüßt internationale Zusagen für Hilfgelder für syrische Flüchtlinge
• Die Brennelemente-Steuer muss bleiben! AtomkraftgegnerInnen kritisiert Pläne der Union • Kürzungen und Sanktionen: • Massive Kritik des Paritätischen an Hartz-IV-Verwaltungsreform
• Das Asylpaket II: Menschenrechte in Gefahr • Mitten in Europa: Zwangsüberstunden und Armutslöhne in der Modebranche

„Fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr“? 12

Untadeliger Polizeibeamter mit Reichskriegsflagge 12

Klage der VVN Regensburg gegen Verfassungsschutzbericht hat Erfolg 13

Gemeinsame Erklärung: Steag-Geschäftsentwicklung endlich transparent machen! 13

Kommunale Politik 14

Energiebeirat: Senat tut nur, was er unbedingt tun muss: Hamburg. • „Kosten der Unterkunft“ – Linke & Piraten finden Unterstützung bei Fachleuten aus der Stadtverwaltung: Dortmund. • Ausgehandelte Messe-Vereinbarung ginge auf Kosten der Stadt! Für eine öffentliche Debatte! Köln. • Kein Neuland mehr: Linksfraktion kritisiert schleppenden Ausbau des freien WLANs. Bonn. • Jugendbeirat für die Stadt Hannover!
• Städtetag begrüßt Beschluss des Bundeskabinetts zum „Asylpaket II“ • Rechtsvereinfachung im Sozialgesetzbuch II – ein Schritt in die richtige Richtung

Tarifpolitik im Europa des 21. Jahrhunderts 15

Arbeitsmarkt: IG Metall fordert Integrationsjahr 17

Wirtschaftspresse 17

Zur AfD in Baden-Württemberg 18

Gegen Amerika, für billige Kartoffeln 19

„Ist Deutschland tatsächlich eine Demokratie?“ 21

Buchtipp: Friederike Moos: In uns und um uns 23

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 2. und 3. April 2016 in Mannheim

Samstag, 2. April

13 Uhr Einlass, Registrierung
13.15 Uhr Eröffnung, Organisatorische
13.30–14.30 Uhr Vereinsangelegenheiten: Berichte des Vorstands, Bericht aus der Redaktion Politische Berichte, Wahlen zum Vorstand, Haushaltsbericht 2015 und Haushaltsbeschluss 2016
bis 15 Uhr Kaffeepause
15–18 Uhr öffentliche Veranstaltung zum Thema:
„... unmündig nennt man uns und Knechte ...“ – Errungenschaften linker und emanzipatorischer Politik in den Gesellschaften Europas

Die Emanzipation der arbeitenden Klassen hat sich in Europa im Rahmen der Nationalstaaten ereignet. So ist der Horizont linker Reformprojekte nationalstaatlich. Bei dem Verflechtungsgrad der Wirtschaft und Gesellschaft in Europa inzwischen erreicht haben, braucht es eine Erweiterung. Wir versuchen diesem Problem näherzukommen, indem wir uns bei Linken aus der europäischen Gewerkschaftsbewegung und dem Europaparlament erkundigen, was in verschiedenen

Staaten Europa als Wegzeichen emanzipatorischer Politik gilt. In den nächsten Politischen Berichten werden wir diese Anfrage dokumentieren und einen Internetfragebogen anbieten, in dem auch unsere Leserinnen und Leser Ereignisse, die ihnen relevant erscheinen, eintragen können.

Wir sind gespannt, welche Übereinstimmungen und Unterschiede sich herauschälen.

Sachbearbeitung: Rolf Gehring, Brüssel

Sonntag, 3. April

9–12 Uhr (in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Linken) öffentliche Veranstaltung zum Thema: **Flüchtlingsfrage / internationale Verpflichtungen / die deutsche Türkei-Politik und die kurdische Emanzipationsbewegung.**

Angesichts des weltweiten Trends zu nationalistischen Politikansätzen fragen wir:

– Findet die Kritik am Flüchtlingsregime der Nationalstaaten Europas

bzw. der EU Halt in internationalen Verträgen und Vereinbarungen?

– Wie weit können sich die Demokratiebewegung in der Türkei und die kurdische Emanzipationsbewegung auf internationale Institutionen stützen?

Anmeldung

Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden wie im vorigen Jahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim statt. Die Jugendherberge liegt sehr verkehrsgünstig zum Hauptbahnhof (wenige Minuten zu Fuß).

Da wir uns frühzeitig verbindlich anmelden müssen, bitte umgehend eine Mail senden an: alfred.kuestler@gnnverlage.com.

Kommunikationsdaten der Jugendherberge Mannheim
Rheinpromenade 21,
68163 Mannheim
Tel. 0621 822718,
info@jugendherberge-mannheim.de;
www.jugendherberge-mannheim.de.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 17. März 2016.

Redaktionsschluss: Freitag, 11. März

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2016:

21. Jan., 18. Feb., 17. März, 14. April, 12. Mai, 23. Juni, 21. Juli, 18. Aug., 15. Sept., 13. Okt., 10. Nov., 8. Dez.